

Frauen an die Friedentische – Verhandlungen mit Genderperspektive!

Fachtagung der Friedrich-Ebert-Stiftung
mit dem Deutschen Komitee für UNIFEM

Bonn, 27. November 2002

Herausgeber: Friedrich-Ebert-Stiftung
Abteilung Internationale
Entwicklungszusammenarbeit
Godesberger Allee 149
53170 Bonn

© 2003 by Friedrich-Ebert-Stiftung

Text: Jeanette Spenlen

Redaktion: Stefanie Lux

Koordination: Astrid Ritter-Weil

Fotos: AFP, Sebastian Bolesch, dpa, Reuters, UNICEF

Layout: Pellens Kommunikationsdesign, Bonn

Druck: Toennes Satz + Druck GmbH, Erkrath

Printed in Germany 2003

ISBN 3-89892-180-8

Inhalt

Begrüßung

Astrid Ritter-Weil	5
Anneliese Müller	9

Frauen in Friedensprozessen – Erfahrungsberichte aus der Praxis

Menschenrechtsarbeit in Guatemala

Lucia Quila Coló	11
------------------	----

Die Heilung der bitteren Herzen

Christine Luutu	15
-----------------	----

Frauen in formellen und informellen Friedensprozessen

Heike Alefsen	18
---------------	----

Aus der Diskussion

23

Wie können Frauen ihre Erfahrungen stärker in Verhandlungen einbringen?

27

Zukunftswerkstätten

1. Von der Entwaffnung zur friedlichen Konfliktlösung	28
2. Trauma-Arbeit	38
3. Die Rolle der Zivilgesellschaft	42

Podiumsdiskussion

Frauen an die Verhandlungstische und in UN-Missionen: Was ist zu tun?	49
--	----

Anhang

Referentinnen und Referenten	59
Resolution 1325	60

Begrüßung

Astrid Ritter-Weil

Gender-Koordinatorin der Entwicklungszusammenarbeit
Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Partnerinnen von UNIFEM, liebe Freundinnen und
Freunde der Friedrich-Ebert-Stiftung,
im Namen des Vorstandes der Friedrich-Ebert-Stiftung und als
Gender-Koordinatorin der Abteilung „internationale Entwick-
lungszusammenarbeit“ darf ich Sie heute ganz herzlich zu
unserer Konferenz „Frauen an die Friedentische – Verhand-
lungen mit Gender-Perspektive“ begrüßen.

Während der Vorbereitungen zu dieser Konferenz las ich gerade einen Roman über die so genannten „Trostrfrauen“, also die von der japanischen Armee im Zweiten Weltkrieg aus Korea, aber auch aus anderen Ländern entführten Frauen und Mädchen. Sie dienten als Sexsklavinnen und mussten unvorstellbare Demütigungen und Brutalitäten über sich ergehen lassen. Auch nach Kriegsende widerfuhr ihnen keine Gerechtigkeit. Ihr Schicksal wurde totgeschwiegen. Erst heute, fast sechzig Jahre später, die meisten Frauen sind schon gestorben, hat sich die japanische Regierung offiziell zu den damals begangenen Kriegsverbrechen bekannt. Wir haben im vergangenen Jahr in Zusammenarbeit mit Terre des Femmes eine Konferenz mit japanischen und koreanischen Frauen durchgeführt, die für die wenigen noch lebenden Opfer Gerechtigkeit und Wiedergutmachung erkämpfen wollen – sofern das überhaupt noch möglich ist.

Sexuelle Übergriffe während und nach Kriegen, vor allem gegenüber Frauen und Kindern, sind auch heute noch an der Tagesordnung, wie wir aus vielen Berichten wissen. Erst seit wenigen Jahren werden erstmals Täter wegen des Tatbe-

stands der Vergewaltigung als Kriegsverbrecher bestraft. Diese Prozesse, die am Internationalen Strafgerichtshof geführt werden, sind allerdings nur die Spitze eines großen Eisbergs. Die meisten Gewalttaten bleiben ungesühnt. Es besteht der Verdacht, dass Männer Vergewaltigung als unvermeidliche Begleiterscheinung des Krieges hinnehmen. Das Thema kommt in Friedensverhandlungen selten vor. Frauen schämen sich, schweigen und verdrängen lieber, statt in die Offensive zu gehen und auf Bestrafung der Täter zu drängen.

Die internationale Frauenbewegung fordert deshalb seit Jahren, Frauen an die Tische zu setzen, an denen Friedensschlüsse ausgehandelt werden und Frauen an der Gestaltung des Wiederaufbaus nach Kriegen zu beteiligen. Wir unterstützen dieses Ziel ausdrücklich und haben deshalb den Vorschlag von UNIFEM gerne aufgenommen, die heutige Veranstaltung gemeinsam zu planen und durchzuführen. Unsere Meinung: Frauen müssen in Friedensverhandlungen besser repräsentiert sein, denn sie sind ebenso vom Krieg betroffen wie die Männer. Zwar gehören sie selten zu den Kämpferinnen, aber in den heutigen Kriegen sind 80% der Opfer Zivilisten, also vor allem Frauen und Kinder.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat die besondere Rolle von Frauen und Kindern in bewaffneten Konflikten schon seit Jahren im Blickfeld ihrer Menschenrechtsarbeit. Beispielfhaft möchte ich einige Konferenzen der vergangenen Jahre nennen: „Kinder im Krieg“ und „Kleinwaffen – tödliche Weltplage“ in Kooperation mit UNICEF, die Verleihung des Menschenrechtspreises der Stiftung an die Soldatenmütter in Russland oder die direkte Vorläuferin der heutigen Tagung „Kein Krieg ohne Frauen – ohne Frauen kein Frieden?“ Den letzten Teil des Titels hatten wir vor zwei Jahren als Frage formuliert, waren uns aber am Ende der Tagung einig, dass eigentlich ein Ausrufezeichen angebracht sei.

Dieses Ausrufezeichen wollen wir heute ganz klar setzen und sagen „Frauen an die Friedentische – Gender-Aspekte in die Verhandlungen!“. Denn die Interessen der Frauen sind da am besten vertreten, wo Frauen selbst präsent sind.

Wie kann erreicht werden, dass Frauen gleichberechtigt an den Verhandlungstischen Platz nehmen? Die Meinungen darüber gehen auseinander. Deshalb werden wir bei unserer Tagung mehrere Ansichten vorstellen. Wir haben VertreterInnen aus der Wissenschaft, der Politik und aus dem Bereich der Nicht-Regierungsorganisationen zur Stellungnahme gebeten, aber auch Ihre Ideen zu diesem Thema sind gefragt. In den Zukunftswerkstätten wollen wir einige Themen vertiefen und mit Ihnen ins Gespräch kommen.

Zum ersten Mal wird die Bundesrepublik Deutschland im nächsten Jahr einen Platz im Weltsicherheitsrat einnehmen. Ob viele Frauen dort die Stühle besetzen, daran habe ich einige Zweifel. Wie können wir das ändern? Dazu wünsche und hoffe ich mir von unserer Konferenz viele guten Ideen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



Lucia Quila Coló, Christine Luutu

Anneliese Müller

Vorsitzende des Deutschen Komitees für UNIFEM

Im Namen des deutschen Komitees für UNIFEM begrüße ich Sie ganz herzlich.

Ich gehe immer davon aus, dass viele gar nicht wissen, was UNIFEM¹ genau ist. UNIFEM ist ein echtes Kind der Frauenbewegung. Bei der ersten Weltfrauenkonferenz 1975 in Mexiko haben Frauen die Entwicklungszusammenarbeit analysiert und festgestellt, dass Planung und Umsetzung an ihnen vorbeigehen und für sie oft eher schädlich als nützlich sind. Darum hat die Frauenbewegung bei den Vereinten Nationen die Durchführung von modellhaften Projekten gefordert, diese Projekte von Frauen zu unterstützen und sicherzustellen, dass innerhalb der Vereinten Nationen Frauen in einem frühen Stadium an Planungen beteiligt werden: Dies waren fortan die Aufgaben von UNIFEM. Der Fonds wurde durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen eingesetzt. Da die Regierungen in diesen Fonds freiwillig einzahlen, ist er finanziell nicht sehr gut ausgestattet. Über die Jahre hinweg hat sich UNIFEM wegen seiner vorbildlichen Arbeit in Frauenprojekten und als Katalysator innerhalb des UN-Systems einen guten Ruf erworben.

Seit der Rio-Konferenz 1992 hat UNIFEM immer eine große Rolle bei den UN-Konferenzen gespielt. Bei der zweiten Weltfrauenkonferenz 1980 in Kopenhagen wurde beschlossen, nationale Komitees einzurichten, die die Arbeit von UNIFEM in den einzelnen Ländern besser bekannt machen und Lobbyarbeit übernehmen sollten. In Deutschland haben wir länger gezögert, ein nationales Komitee einzurichten. Uns war klar,

1 UN-Fonds für Frauen in Entwicklungsländern

dass es keine institutionelle Förderung geben würde und es schwierig ist, mit nichts zu arbeiten. Darum sind wir sehr dankbar, dass wir durch den Sponsor Stiftung Apfelbaum die jährliche Preisverleihung ermöglichen können, die zu einem größeren Bekanntheitsgrad des Deutschen Komitees, aber auch der Ideen von UNIFEM beigetragen hat.

Das Preisgeld beträgt 10.000 Euro. Wir haben unter dem Schwerpunkt „Frauen als Friedensakteurinnen“ zwei Projekte ausgezeichnet. Mit unserem Preis wollen wir zeigen, wie Frauen in lange vom Krieg gezeichneten Ländern als Friedensakteurinnen arbeiten. Wir wollen ihre Arbeit bekannter machen und die Frauen ermutigen, mit ihr fortzufahren. Wir wollen andere Frauen auffordern, die vorgestellten Arbeiten als Modell zu sehen.

Wir sind der Friedrich-Ebert-Stiftung dankbar, dass sie die Idee für eine Fachtagung aufgegriffen hat, bei der unsere Preisträgerinnen anwesend sind, um ihre Erfahrungen zu präsentieren.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Frauen in Friedensprozessen – Erfahrungsberichte aus der Praxis

Menschenrechtsarbeit in Guatemala

Lucia Quila Coló

Vertreterin der Witwenorganisation CONAVIGUA aus Guatemala
Siegerprojekt des deutschen UNIFEM-Preises 2002

Das eigentliche Ziel der Gründung unserer Organisation war, unsere Frauen, Witwen aus der Zeit der Unterdrückung und des Krieges in Guatemala, zu vereinen und zu organisieren. Der Krieg hinterließ über 50.000 Witwen, um die sich jemand kümmern musste. Es gab über 200 „Verschwundene“. Diese Umstände haben uns dazu gezwungen, unsere Organisation zu gründen.

Früher hatten wir in Guatemala nie eine Frauenorganisation. Die Mehrheit der Bevölkerung, etwa 70 Prozent, ist indianischer Abstammung. Die eingeborenen Frauen hatten überhaupt keine Organisation, die sie vertrat. Dies und die Tatsache, dass die Menschenrechte in unserem Land ununterbrochen verletzt werden, waren weitere Motive für uns, eine Frauenorganisation zu gründen. Auch das Elend und der Hunger unserer Kinder haben uns dazu bewogen, durch eine Organisation wie unsere nach Lösungen dieser Probleme zu suchen. Hinzu kamen unsere traumatischen Erlebnisse während des Krieges.

Jede Witwe hat ihre eigenen Sorgen, ihr Leid und innere Schmerzen. Aus Angst konnten wir unser Leid nicht teilen, nie durften wir frei sprechen, nie konnten wir sagen, wer unsere Männer getötet hatte oder verschwinden ließ. Noch nicht einmal das Wort „compañera“ (A.d.Ü.: Gefährtin, Genossin, Freun-



**„Wir durften
unser Leid nicht
teilen“**

din) durfte ausgesprochen werden. Hätte jemand gewagt, dieses Wort zu benutzen, hätte man sie subversiv genannt, gar Guerrilla-Mitglied. Zahlreiche Ausdrücke wurden während des Krieges verboten, viele Menschen nur deshalb getötet, weil sie Wörter, wie zum Beispiel „Genosse“, ausgesprochen hatten. Es hieß dann, sie seien „Guerrilleros“, Untergrundkämpfer, die getötet werden müssen. Die Zeiten waren schlimm. Die Armee hat die Bevölkerung gejagt wie Kaninchen. Wir mussten fliehen, abwandern, wir wurden vertrieben. Das hat uns traumatisiert.

**Das Misstrauen
weitgehend
überwunden**

Sind wir Frauen unter uns, suchen wir die Solidarität. Wir wissen, dass wir unsere Sorgen und unseren Kummer teilen können. Das ist für uns sehr wertvoll. Uns ist bewusst, dass wir nicht mit vielen Leuten offen über unsere Sorgen sprechen dürfen. Wir haben kein Vertrauen mehr. Wir haben es im Krieg verloren. Wir konnten uns nicht erlauben, anderen Leute einfach zu vertrauen. Dank unserer Organisation haben wir dieses Misstrauen weitgehend überwunden. Es ist uns sogar heute wieder möglich, einige der früher verbotenen Wörter zu benutzen.

**Menschenrechte
einfordern und
verteidigen**

Unsere Arbeit konzentriert sich vor allem auf das Thema Menschenrechte. Wir wollten wissen, wie wir unsere Rechte einfordern können und wie wir die Menschenrechte unserer Kinder verteidigen können. Damit nahm auch unsere Arbeit ihren Anfang: Wir hatten begonnen, unsere Kinder zu schützen – vor der militärischen Zwangsrekrutierung und vor der Bedrohung durch die sogenannten „zivilen Selbstverteidigungspatrouillen“. Damals, als die Regierung anfang, „zivile Selbstverteidigungspatrouillen“ zu bilden, waren wir auf uns allein gestellt. Unsere Kinder wurden gezwungen, diesen Patrouillen beizutreten. Ich weiß von Müttern, deren zehn- oder zwölfjährige, sogar neunjährige Kinder, genötigt wurden, bei diesen Patrouillen mitzumachen. Wir empfanden das als eine Verletzung der Menschenrechte unserer Kinder! Wollten die Kinder

nicht mitmachen oder die Mütter es nicht erlauben, wurden die Mütter bestraft. Sie sollten Bußgelder in Höhe ihres Tagelohns zahlen. Für andere ist das vielleicht nicht viel, für diese Mütter aber, die kaum einen Cent haben, ist es das gesamte Einkommen. Für uns bedeuteten auch diese Bußgelder eine Menschenrechtsverletzung.

Mit unserer Menschenrechtsarbeit haben wir viel riskiert, auch für unsere Kinder. Wir wurden beschuldigt, verfolgt, mussten fliehen und immer wieder neuen Unterschlupf suchen. Diese Formen der Gewalt haben heute angeblich etwas nachgelassen. Aber wir wissen: Sie werden heute nur gezielter eingesetzt. Leute, die für Menschenrechte arbeiten und kämpfen, werden weiter verfolgt. Wir haben noch einen langen Weg vor uns. Doch wir dürfen die angelaufenen Verhandlungen nicht einfach anderen überlassen. Wir sind die Opfer! Wir haben das Grauen erlebt! Also dürfen wir auch für unsere Rechte kämpfen, vor allem für die Rechte der Frauen. Wir werden gefragt, ob wir wirklich Opfer sind. Ich behauptete: Ja! So viele Frauen wurden vergewaltigt und sind jetzt traumatisiert. Viele Ehemänner haben deswegen die Scheidung verlangt und ihre Frauen allein gelassen. Das hat nicht nur das Leben dieser Frauen zerstört, sondern auch das Leben ihrer Familien und ihrer Kinder.

Ich kann mich erinnern, dass mich, als unsere Organisation noch in den Anfängen war, ein Nachbar gefragt hat, ob ich wüsste, worauf ich mich mit meiner Arbeit für CONAVIGUA einlasse. Ich antwortete: Mir ist klar, dass die Risiken sehr hoch sein werden, für mich und für meine Familie, für meine Kinder. Ich sagte aber auch, dass ich meine Arbeit nicht für ihn tue, sondern für andere Leute, für die, die sie brauchen. Mir waren die negativen Konsequenzen, die meine Arbeit für mich mit sich bringen würde, bewusst. Alles was wir erlebt und erlitten haben: Der Hunger der alten Tage, das Alleinsein – das alles machte uns stark und entschlossen, weiterzumachen.

**Es liegt noch ein
langer Weg vor
uns**

**Wie in der
Höhle des
Löwen**

Wir wussten, wir müssen kämpfen: Für Gerechtigkeit, für Freiheit und für die Rechte der Frauen. Das sind die Wurzeln unserer Organisation. Wir mussten viel Mut beweisen. Vor allem, um gegen die Militärs zu kämpfen. Dieser Kampf ist nicht einfach. Es ist, als ob wir uns in die Höhle eines Löwen begeben. Wir sehen kein Leben mehr vor uns, keine Zukunft, der Löwe kann uns jeden Moment auffressen. So ist unser Kampf.

Nach über zehn Jahren sind das Leiden und die Schmerzen für uns immer noch präsent. Es ist noch nicht vorbei. Wir denken an unsere Arbeit, an die Rechte der Frauen, damit wir den Mut nicht verlieren. Wir, die Frauen, sind diejenigen, die keine Rechte haben, vor allem wir Indianerfrauen. Manche fragen uns, warum wir uns nur als „indianisch“ bezeichnen. Die weißen Lateinamerikaner sagen, dass der Kampf für alle sein muss. Aber wir Indianerfrauen haben weitaus mehr gelitten, ohne Rechte, ohne Möglichkeiten der Mitbestimmung für unser Leben.

Die Heilung der bitteren Herzen

Christine Luutu

Vertreterin des Uganda Catholic Social Training Centre
Siegerprojekt des Deutschen UNIFEM-Preises 2002



Ich bedanke mich erst einmal dafür, dass wir für unsere Arbeit den Deutschen UNIFEM-Preis erhalten haben. Ich freue mich, dass ich heute die Möglichkeit habe, mehr über meine Arbeit zu berichten.

Die Erfahrungen von Frauen weltweit ähneln sich. Deshalb sind auch die Berichte von Frauen über das, was sie im Krieg erleben, über die Grenzen hinweg ähnlich. In Uganda legen wir den Schwerpunkt unserer Arbeit auf die Traumata, die Frauen erleben.

Wir als Trainingsinstitution schauen nicht nur darauf, den ökonomischen Wohlstand zu verbessern, sondern uns sind die sozialen Aspekte wichtig. Wir arbeiten für den Frieden, für Frauen, den Frieden in ihren Herzen, in ihren Häusern und in ihren Familien.

Im Training Centre beschäftigen wir uns mit den Traumata, die Menschen erleben und die zu einem Verlust des Selbstwertgefühls und der Würde, sowie einem Gefühl der Hilflosigkeit führen. In Uganda eine Frau zu sein bedeutet: Kinder bekommen können, reproduzieren können, Mutter von Soundso genannt werden können. Wir kümmern uns um die Frauen, die im Bürgerkrieg vergewaltigt worden sind, deren Uterus zer-

**Arbeit für
Frieden in den
Herzen**

**Die Würde der
Frauen wieder
herstellen**

stört wurde und die deshalb keine Kinder mehr bekommen können. Ihr traditionelles Frau-Sein ist zerstört und sie sind hilflos. Hier spreche ich von 70 Prozent der Frauen. Für sie gibt es keine Aufgabe mehr, die mit dem Gebären und Aufziehen von Kindern vergleichbar ist. Diese Frauen, die nicht weiterwissen, stehen im Mittelpunkt unserer Arbeit.

Nach dem Bürgerkrieg gab es Entwicklungsprogramme für Frauen, es gab Mikrokredite, es gab Großkredite für die Ministerien. Aber für die betroffenen Frauen zählt nur eines, dass sie kein Kind gebären können, nicht mit einem Kind auf ihrem Arm gesehen werden können. Das macht sie hilflos. Wir wollen die Würde dieser Frauen wiederherstellen, und wir halten dies für möglich.

**Frauen als
psycho-soziale
Helferinnen**

Unser Programm besteht seit drei Jahren. Es widmet sich Frauen, die in sehr schwierigen Umständen leben. Wir überlegen, was wir tun können, um ihnen das Leben zu erleichtern. Das Programm wurde von den Gralsfrauen begründet, um die Bildungssituation der Frauen zu verbessern. Unsere Institution wird durch den Bischofsrat unterstützt, wir sind jedoch keine direkte Kirchenorganisation. Wir arbeiten mit vielen Diözesen, aber wir haben noch nicht alle erreicht. Wir kontaktieren die Frauenkoordinatorinnen in allen Diözesen, um die Bedürfnisse der Frauen in einer Region zu erfahren. Die Koordinatorinnen suchen nach fähigen Frauen. Je sechs Frauen aus jeder Gemeinde werden durch uns zusammengebracht und in einem Training zu psychosozialen Helferinnen ausgebildet. Darin machen wir ihnen den Prozess der Traumatisierung verständlich und zeigen, welche Wirkungen dieser auf Frauen hat. Die Helferinnen sollen dann die traumatisierten Frauen im Alltag unterstützen und eine Atmosphäre des Vertrauens schaffen.

Unser Ansatz ist psycho-sozialer Art: Wenn eine Frau schlimme Traumata erlebt, so wirkt sich dies nicht nur auf ihre Gefühle und ihre Gedanken aus, sondern auch auf die Menschen um sie herum: Auf ihre Kinder, auf ihren Mann, auf ihre



Familie und die Gemeinschaft. Wir gehen davon aus, dass einfache Menschen dazu fähig sind, ihre Situation zu analysieren, die Ursachen für diese zu erkennen und Lösungen zu finden. Das „community setting“ steht für uns im Vordergrund. Allmählich wollen wir dieses Konzept ausbauen.

Wenn wir sagen, wir bringen die Frauen an den Verhandlungstisch, meinen wir, dass Frauen allgemein mehr partizipieren sollen. Ein Aspekt, der dabei für unsere Arbeit wichtig ist, ist das Gleichgewicht der Macht im häuslichen Kontext. In Uganda ist diese Macht fast ausschließlich in den Händen der Männer, was viel Gewalt verursacht. Unsere Strategie ist es, den Kreislauf der Gewalt zu durchbrechen, indem wir Frauen zusammenbringen, und ihnen auf diese Weise ermöglichen, diese Themen zu besprechen. Wir wollen die Frauen darin bestärken, ihre eigene Rolle als Frau besser zu artikulieren. Danach bringen wir einige Männer zusammen, die über ihre Sicht der Maskulinität nachdenken sollen, und darüber reflektieren, wie diese die Familie und die Harmonie verletzen kann. Für Frieden ist nicht nur die Abwesenheit von Krieg wichtig, es kann auch einen Krieg im Haus geben.

Das Gleichgewicht der Macht im Haus

Frauen in informellen und formellen Friedensprozessen

Heike Alefsen

UNIFEM, New York

Die Resolution 1325 ist wichtig für Frauen, für UNIFEM, aber auch für den Weltsicherheitsrat. Vor zwei Jahren hat sich der Weltsicherheitsrat zum ersten Mal überhaupt relativ umfassend und ausschließlich mit dem Thema „Frauen in Friedensprozessen“ und der Position, die Frauen in solchen zukommen sollte, auseinandergesetzt. Die Resolution 1325 befasst sich damit, die Rolle von Frauen in Führungspositionen zu stärken, Frauen im wachsenden Maße in die friedenserhaltenden Missionen einzubeziehen und die Repräsentanz der Frauen im politischen Bereich stärker zu vertreten. Die Resolution fordert die Mitgliedsstaaten dazu auf, dies ebenfalls zu tun.

Ein „Fanclub“ für Resolution 1325

Die Resolution wird von einem „Fanclub“ von Frauenorganisationen sehr stark unterstützt. Sie ist die einzige Resolution, die eine solche Gruppierung von Lobbyisten bei der UNO, bei der ständigen Vertretung und auch im Sicherheitsrat hat. Wir halten es für eine gute Entwicklung, dass es solch eine starke Lobby gibt.

In der Resolution wird der Generalsekretär aufgefordert, einen Bericht zum Thema „Frauen, Frieden, Sicherheit“ zu verfassen. Diese Studie ist vor kurzem erschienen. Um sie zu ergänzen, hat UNIFEM selbst zwei unabhängige Expertinnen damit beauftragt, eine Studie zu erstellen. Diese wurde ebenfalls kürzlich veröffentlicht. Beide Studien befassen sich mit der Beteiligung von Frauen an Friedensprozessen. Es geht um die Organisation von Frauen auf informeller Ebene, sowie um die Beteiligung von Frauen an Versöhnungsprozessen, Trauma-

Behandlungen und anderen Prozessen, die sich mit der Gewalterfahrung von Frauen in Kriegen und nach bewaffneten Konflikten auseinandersetzen.

Die Studien zeigen, dass es immer noch eine Diskrepanz zwischen der Beteiligung von Frauen an informellen und formellen Friedensprozessen gibt. UNIFEM unterstützt Frauenprojekte auf beiden Ebenen. Auf der informellen Ebene sind Frauen an vielen Friedensprozessen beteiligt und vollbringen dabei Dinge, die Männer oft nicht erreichen. Frauen können in Bereiche vordringen, die Männern häufig verschlossen sind. Frauenorganisationen in Armenien, im Kaukasus und in Georgien zum Beispiel verständigen sich, diskutieren über regionale Konflikte, reisen von einem Land ins andere und besuchen sich gegenseitig. Dadurch werden Barrieren schneller abgebaut, als es auf politischer Ebene möglich wäre. In Mostar, einer Stadt in Bosnien, die jahrelang geteilt war, waren es sogar nur die Frauen, die von einem Stadtteil in den anderen konnten.

Zwar sind Frauen an informellen Prozessen sehr stark beteiligt, die Öffentlichkeit nimmt dies jedoch meist nur am Rande wahr. Die Erfahrungen und die Informationen, die die Frauen besitzen, werden oft nicht ernst genommen. Ein Beispiel: Als sich in Sierra Leone abzeichnete, dass der Bürgerkrieg wieder ausbrechen würde, haben Frauen früh am Morgen ihre Marktgeschäfte abgewickelt. Ab einer bestimmten Uhrzeit war nichts mehr los. Dies sind Frühwarnindikatoren, die auch in anderen Bereichen vorhanden sind. Beispielsweise hatten uns Frauen informiert, dass der grenzüberschreitende Waffenschmuggel wieder zugenommen hat. Als wir dies den Internationalen Organisationen mitteilen wollten, wurden die Informationen nicht ernst genommen. Dass die Informationen und Erfahrungen von Frauen nicht als Frühwarnmechanismen eingesetzt werden, halte ich für sehr bedenklich.

**Diskrepanz
zwischen
formeller und
informeller
Beteiligung**

**Erfahrungen
werden oft
nicht ernst
genommen**

**Zu wenig an
präventiver
Diplomatie
beteiligt**

Betrachtet man die formellen Friedensprozesse, ist die Situation für Frauen eine schlechtere. Es ist jedoch wichtig, nicht nur auf die nationalen Prozesse zu achten, sondern auch auf die regionalen und internationalen Institutionen. Gerade diese haben oft maßgeblichen Einfluss auf die formellen Friedensprozesse. Der Generalsekretär hat spezifische Maßnahmen zur präventiven Diplomatie angestrengt. Ständig finden Shuttle-Missionen statt, um bestimmte Konflikte schon im Vorfeld zu entschärfen. An diesen Missionen sind Frauen oft nicht beteiligt, weder an ihrer Planung noch an ihrer Durchführung. In den Konsultationsprozessen in den Ländern kommen Frauenorganisationen oft nicht vor und in den politischen Parteien sind sie in den Entscheidungsfunktionen nicht vertreten. Auch werden Frauen nicht in die Evaluierung einbezogen, in der untersucht wird, ob die präventive Diplomatie gewirkt hat oder nicht. Gerade in diesem Prozess wäre es jedoch wichtig, die Frauen zu fragen, ob nach unten durchgedrungen ist, was mit den verschiedenen Missionen erreicht werden sollte. Da Medienpräsenz und Transparenz von politischen Prozessen in den Transformationsstaaten noch unzureichend sind, wussten die Frauen oft gar nicht, was durchgeführt wurde.

**Eine Frau am
Tisch reicht
nicht**

Frauen nehmen, wie das Beispiel Nordirland zeigt, durchaus an politischen Verhandlungen teil. UNIFEM hat sich stark dafür eingesetzt, dass Frauen für politische Führungspositionen in Burundi und Sierra Leone trainiert werden. In Somalia gab es eine Quote für Frauen, die an Friedensverhandlungen teilnehmen sollten. Schwierig bleibt allerdings die Umsetzung. In Somalia gibt es zwar eine relativ fortschrittliche Friedensvereinbarung, aber realisiert wurde diese bis heute nicht. Ähnliche Prozesse kann man in Guatemala beobachten: Dort wurde im Friedensabkommen festgelegt, dass dieses auf Übereinstimmung mit der UN-Konvention zur Beseitigung von jeder Form der Diskriminierung der Frau überprüft werden soll.



Dies ist bis heute nicht erfolgt. Bestimmungen über Landreformen, Zugang zu Land und Erbrecht sind ebenfalls wichtige Themen, die noch behandelt werden müssen. In Guatemala haben sich Frauen aktiv an dem Friedensabkommen beteiligt und das spiegelt sich im Vertrag wider. In El Salvador waren zwar auch Frauen beteiligt, frauenspezifische Aspekte kommen dennoch in dem Abkommen nicht vor.

Frauen müssen sich bewusst machen, was es bedeutet, diese Aspekte einzubringen. Es reicht nicht, dass Frauen in den Verhandlungen sitzen, wenn sie nicht an frauenspezifischen Aspekten interessiert sind. Man kann nur spekulieren, ob eine Teilnahme von Frauen an den Verhandlungen in Dayton die Ergebnisse wesentlich verändert hätten. In keiner der Delegationen waren Frauen vertreten. Nur eine Frau hatte eine politische Funktion inne: Biljana Plavsic¹. Dass sie wirklich Frauenpositionen mit eingebracht hätte, wage ich zu bezweifeln.

1 Ehemalige serbische Präsidentin (1996-1998) in Bosnien-Herzegowina, die wegen zahlreicher Menschenrechtsverletzungen vor dem Internationalen Strafgerichtshof angeklagt wurde.

**Eine Chance:
Deutschland im
Sicherheitsrat**

Deutschland ist ab Januar zwei Jahre Mitglied des Sicherheitsrats. Aus deutscher Sicht eine hervorragende Gelegenheit Lobbyarbeit zu betreiben. Die Friedrich-Ebert-Stiftung wäre dafür ein gutes Forum. Im Sicherheitsrat werden für die Missionen die Weichen gestellt. Inzwischen ist er in punkto Missionen weitaus aktiver geworden. Dies könnte Deutschland als Mitglied im Sicherheitsrat unterstützen, da das Mandat der Missionen darauf ausgerichtet ist, Frauen an diesen zu beteiligen. Ist etwas im Mandat festgeschrieben, kann es auch eingefordert werden, beispielsweise Gleichberechtigung von Frauen als eines der obersten Ziele. In den Missionen müssen die Positionen von Frauen stärker berücksichtigt und Frauen an der Evaluierung beteiligt werden. UNIFEM und UNDP behandeln verstärkt die Evaluierungsebene.

Aus der Diskussion

Die Diskussion im Anschluss an die Referate bot den KonferenzteilnehmerInnen die Möglichkeit, die Referentinnen genauer zu befragen, Anmerkungen zu ergänzen oder Anregungen zu geben. Die verschiedenen Möglichkeiten, den Frauen in ihrer Arbeit zu helfen und der existierende Beistand durch staatliche Stellen standen im Mittelpunkt des Gesprächs.

Befragt nach der öffentlichen Unterstützung für ihre Arbeit zeigt sich Christine Luutu enttäuscht: Die Hilfe der Regierung ist nicht sehr groß. Lediglich Organisationen wie MISEREOR oder AGEH stünden dem Uganda Catholic Training Centre in seinen Bemühungen zur Seite. „Immer wieder wird die Notwendigkeit der Trauma-Arbeit grundsätzlich in Frage gestellt, andere Probleme wie Armut und Wiederaufbau werden für weitaus dringender gehalten“, nennt Christine Luutu die Gründe für die mangelnde Unterstützung von öffentlicher Seite. Die Mitarbeiterinnen des Centre konzentrieren sich deshalb auf Bewusstseinsarbeit. Die Strategie besteht darin, klar zu machen, „was es für eine Frau bedeutet, traumatisiert zu sein“, erklärt sie. Wichtig ist diese Bewusstseinsarbeit auch im Bereich der Kirche, ist Christine Luutu überzeugt. Das Potenzial das Leid der Frauen zu erleichtern ist dort sehr groß, meint die Vertreterin des Centre. Als Beispiel nennt sie ein Projekt für Priester, in dem diese für die Probleme der traumatisierten Frauen sensibilisiert werden. So soll unter anderem verhindert werden, dass die Priester in ihren Predigten Gleichnisse verwenden, die die betroffenen Frauen zusätzlich aufwühlen.

Eine Konferenzteilnehmerin weist auf die neue Verfassung Ugandas hin, die als eine der ersten Afrikas Frauenquoten für das Parlament vorschreibt. Sie fragt, ob die Arbeit von weibli-

**Enttäuscht von
der Regierung**

**Unterstützung
durch Parlamen-
tarierinnen?**

chen Abgeordneten in Guatemala und Uganda die Situation der Frauen verbessert. Lucia Quila Coló verneint dies: „Die Arbeit im politischen Bereich ist nicht sehr gut.“ Eine Mitarbeiterin von CONAVIGUA, die vier Jahre im Parlament gesessen habe, habe die Tätigkeit als hart und ernüchternd bezeichnet. Es sind immer nur „eine, zwei oder drei“ Personen im Parlament, die die Meinung von CONAVIGUA vertreten, so Lucia Quila Coló. Ihre Beurteilung der Arbeit im politischen Bereich: „Was dabei herauskommt, ist wirklich nichts.“

„Endlose Diskussionen, die nicht die Basis berühren“

Christine Luutus Position ist ähnlich. Zwar gebe es in Uganda Frauen auf parlamentarischer Ebene, die das Training Centre unterstützen, doch bei weitem zu wenig. Im Parlament würden hauptsächlich endlose Diskussionen über Themen geführt, die nicht wirklich die Basis berühren. „Stundenlange Debatten enden oft ohne Ergebnis“, so Christine Luutus Erfahrung. Dabei ist genügend wichtiger Diskussionsstoff über Themen, die Frauen betreffen, vorhanden, sagt sie und nennt als Beispiele das nötige Recht Land zu besitzen oder die Erklärung über häusliche Gewalt. Statt diese Aspekte zu besprechen, würde der Verteidigungshaushalt diskutiert. „Es reicht nicht, dass Frauen im Parlament sind, wenn deren Agenda trotzdem nicht auf den Tisch kommt“, stellt Christine Luutu fest. Sie ist desillusioniert von politischen Diskussionen, sagt Luutu. „Es ist notwendig auf der Graswurzel-Ebene jetzt etwas zu tun, statt das Ende der politischen Debatte abzuwarten“, ist ihre Meinung. Schließlich wolle man den Frauen jetzt helfen und nicht erst morgen.

Wichtig, zweigleisig zu fahren

Heike Alefsen von UNIFEM sieht das anders. „Es ist wichtig zweigleisig zu fahren“, betont sie. Die Graswurzel-Projekte müsse man weiterhin fördern, denn nur so könne über die im Land tätigen Organisationen ein gesellschaftlicher Prozess in Gang gesetzt werden. Jedoch sei es auch nötig die Frauen, die auf politischer Ebene arbeiten wollen, zu unterstützen und sie in die entsprechenden Institutionen hineinzubringen. „Es ist

richtig, dass UNIFEM damit ein bestimmtes System von Konfliktlösungen unterstützt, doch ich sehe die Dinge realpolitisch“, gibt sie zu. Das System muss von innen unterwandert werden, damit man es verändern kann, ist Heike Alefsen überzeugt. Zwar ist es auch hilfreich, Prozesse von außen zu verweigern, doch auf lange Sicht müssen Frauen in diese Prozesse hinein, so ihre Meinung. Es nütze nichts, wenn nur eine Frau im Parlament sitzt, diese werde marginalisiert. „Die kritische Masse ist wichtig.“ Die Arbeit in Projekten schließe die Arbeit in politischen Systemen nicht aus. Heike Alefsen betont: „Es darf dabei keine Hierarchie geben, die Zweigleisigkeit zählt.“

Eine Konferenzteilnehmerin berichtet, dass ihre Organisation ein Frauenfriedensnetzwerk in Serbien unterstützt. Vor dem Serbienkrieg habe das Netzwerk alle Parlamentarierinnen persönlich aufgefordert gegen den Krieg zu stimmen. Nur zwei hätten danach begründet, warum sie mit Ja votiert hatten. Frauen zu beteiligen, heißt noch nicht sie für den Frieden gewonnen zu haben, so die Erfahrung der Teilnehmerin.

Auf die Frage, wie die Unterstützung von Europa und den internationalen Organisationen aussehen könnte, nennt Christine Luutu mehrere Möglichkeiten. Der Deutsche UNIFEM-Preis für das Projekt sei ein wichtiger Schritt. Auch, dass Frauen wie Simone Lindorfer ihre Erfahrungen aus Bosnien-Herzegowina und Deutschland mit in das Projekt einfließen lassen, sei eine europäische Unterstützung. Zusätzlich gebe es noch viel zu tun. „Es ist nicht leicht, Frauen in Uganda an die Friedentische zu bringen“, berichtet Luutu. Ein Weg dahin sei zum Beispiel ein viertägiger Workshop mit Männern und Frauen, in dem sie gemeinsam die Fragen der Macht diskutieren. „Das ist der Verhandlungstisch der Frauen. An diesem müssen sie ihre Männer überzeugen, dass ihr Verhalten nicht nur für sie selbst gefährlich ist, sondern auch für die Familie, sogar die ganze Nation“, betont Christine Luutu. Dieses Pro-

**Unterstützung
durch Europa**

gramm könnte, falls, statt wie bisher nur vier, alle 19 Diözesen es unterstützen, das ganze Land erreichen. Nun sei es notwendig das Thema in Lehrpläne von Schulen und Universitäten aufzunehmen. Dass Frauen weltweit Programme wie dieses unterstützen, ist die Hilfe, die sie sich wünscht, sagt Christine Luutu. Von den internationalen Organisationen erhoffe sie sich ebenfalls einen Beitrag. Diese müssten beachten, dass das Training ein Sozialisationsprozess ist, lange Zeit benötigt und sich aus diesem Grund nicht gleich mit Erfolgen in Evaluationen niederschlagen kann.

**Die Konflikte
öffentlich
machen**

Eine Journalistin schlägt als möglichen europäischen Beitrag Briefe mit Unterschriftenlisten an die Regierung in Guatemala vor. Der Regierung dort gefällt es nicht, wenn Briefe aus Deutschland kommen, ist sie überzeugt. Generell sei es wichtig, die Konflikte öffentlich zu machen. In Guatemala wäre es nie zu den Massakern gekommen, wenn nicht die ganze Welt nur nach Nicaragua und Chile geschaut hätte, so ihre Meinung.

Auch Christine Luutu empfindet die Öffentlichkeit als wichtig. Leider sei es in Uganda sehr schwierig, Informationen über die Arbeit des Centre öffentlich zu machen. Beispielweise seien italienische Priester, die einen Bericht über die Situation der Menschen in den Flüchtlingscamps im Norden des Landes geschrieben hatten, beinahe des Landes verwiesen worden. Christine Luutu fände es wünschenswert, wenn die Informationen in den Ländern veröffentlicht würden, in denen dies ohne Problem möglich ist.

Auf die Rolle der Armee angesprochen, beurteilt Christine Luutu deren Interesse an den Themen der Frauen als oberflächlich. Zwar gebe es Verpflichtungen von Seiten der Armee, doch diese müssten realistisch sein und umgesetzt werden. Dass dies passieren wird, glaubt sie nicht.

Wie können Frauen ihre Erfahrungen stärker in Verhandlungen einbringen?

Zukunftswerkstätten



Zukunftswerkstatt 1: Von der Entwaffnung zur friedlichen Entwicklung

Dr. René Ernst vom BICC stellte die Ergebnisse der Studie „Kleinwaffenproblematik unter geschlechtsspezifischer Perspektive“ vor.

Das Internationale Konversionszentrum Bonn, kurz BICC, ist ein Abrüstungs- und Friedensforschungszentrum. Wir befassen uns mit den Fragen der Umnutzung von militärischen Ressourcen zu zivilen Zwecken. Konkret setzen wir uns für die Demilitarisierung in allen Bereichen ein, angefangen bei der Reduktion des Rüstungshaushalts über die Verschrottung von Waffen, der Umnutzung militärischer Liegenschaften und Rüstungsindustrie, bis zur Demobilisierung und Reintegration von Ex-Kombattanten. Dazu gehören auch die Bereiche des Sicherheitssektors, die Demokratisierung der Streitkräfte und der Polizei, die Stärkung der rechtsstaatlichen Kontrolle und der Aufsicht über die Sicherheitskräfte.

**Kleinwaffen
sind nicht
geschlechts-
neutral**

Wir haben in unserer Studie zur „Kleinwaffenproblematik unter geschlechtsspezifischer Perspektive“ dargestellt, dass die leichte Verfügbarkeit und weite Verbreitung von Kleinwaffen kein geschlechtsneutrales Thema ist, sondern ganz unterschiedliche Auswirkungen auf Männer, Frauen, Alte und Kinder hat. Im Rahmen eines sehr umfangreichen Projekts am Horn von Afrika, in den sieben IGAD Ländern (Äthiopien, Eritrea, Dschibuti, Sudan, Somalia, Kenia und Uganda) haben wir uns insbesondere der Nachfrageseite der Kleinwaffenproblematik zugewandt, also versucht, die Gründe für die Bewaffnung zu ermitteln. Nur wenn wir diese Gründe verstehen, können wir effektive Gegenmaßnahmen für die Entwaff-



nung entwickeln. Dabei ist deutlich geworden, dass ein genauerer Blick auf die Geschlechterverhältnisse dringend notwendig ist, um dieser Problematik zu begegnen.

An dieser Stelle möchte ich einen SPLA-Kämpfer zitieren, um das Rollenverständnis in der Sudanesischen Gesellschaft zu verdeutlichen: „Ich hätte nicht gerne eine verkrüppelte Tochter, oder eine Frau mit nur einem Arm. Nach unserer Ansicht vermindert das den Wert einer Frau. Lieber komme ich mit nur noch einem Bein nach Hause. Deshalb haben wir von der SPLA beschlossen, dass es die Aufgabe der Männer ist, in den Kampf zu ziehen. Wir machen den Dreckjob und die Frauen passen auf die Kinder auf.“ Leider entbehrt diese Aussage, dass im Krieg die Männer die Waffe in die Hand nehmen und in den Kampf ziehen, währenddessen die Frauen wohl behütet mit den Kindern und Alten zu Hause bleiben, jeglichen Realitätsbezugs.

**Zivilisten als
Hauptleid-
tragende
bewaffneter
Konflikte**

Tatsache ist, dass die Zivilisten die Hauptleidtragenden bei Kriegen sind. Das Kinderhilfswerk UNICEF geht davon aus, dass 80 Prozent aller durch Kleinwaffen zu Schaden gekommenen Personen, Frauen und Kinder sind. Nichtsdestotrotz behandeln viele Studien in der Region, aber auch weltweit die Kleinwaffenproblematik weiterhin so, als beträfe sie nur Männer.

**Durchbrechen
der klassischen
Rollenmuster**

Betrachtet man die internationalen Vereinbarungen, Protokolle oder Deklarationen, dann fällt zudem auf, dass die Mehrzahl der Dokumente hinsichtlich der Auswirkungen von Kleinwaffen auf die Bevölkerung nur Aussagen machen, die die klassischen stereotypen Rollen aufgreifen: „Frauen als Opfer“ und „Männer als Täter“. Das Schweigen zu Gender und die Stereotypisierung von Frauen als Opfer verhindern eine Untersuchung der komplexen Geschlechterrollen in Konfliktsituationen. Gerade in Zeiten der kriegesischen Auseinandersetzung werden jedoch diese klassischen Rollenmuster durchbrochen. Frauen sind dann in einer Vielzahl von Rollen aktiv, die ihnen zu Friedenszeiten oftmals verschlossen wären:

- Sie übernehmen die Arbeitsplätze der Männer, die in den Krieg gezogen sind.
- Sie beteiligen sich am Waffen- und Munitionsschmuggel (d.h. sie tragen ebenso an der Verbreitung von Waffen bei).
- Sie unterstützen Konflikte indirekt, indem sie die Kämpfer mit Nahrung, Information und Kleidung versorgen und die Verwundeten pflegen.



Oft halten Frauen auch die Kampfhandlungen auf direkte oder indirekte Weise am Laufen. Diese kriegerischen Aktivitäten stehen im groben Widerspruch zu dem geläufigen Stereotyp, dass Frauen von Natur aus friedliebend und Männer grundsätzlich aggressionsbereit wären. Sowohl in Friedens- als auch in Kriegszeiten können Männer wie Frauen eine Vielzahl verschiedener Rollen einnehmen. Die einseitige Darstellung fördert das Klischee der passiven Frau, die dann auch nach Beendigung des Krieges bitte wieder zurück in ihre häusliche Rolle schlüpfen soll und trägt damit zur Stärkung der Ungleichheit bei.

**Nach dem Krieg
wieder von der
Bildfläche
verschwinden**

Selbst wenn Frauen im Krieg zentrale, tragende Rollen hatten, dann sollen sie nach Beendigung des Krieges wieder von der Bildfläche verschwinden und den Männern die politische Arena des gesellschaftlichen und ökonomischen Wiederaufbaus überlassen. Diese geringe Wertschätzung der Frauenarbeit hat nach den Konflikten ernste Konsequenzen: Weder Zivilistinnen noch Ex-Kämpferinnen erhalten eine Entschädigung für ihre Arbeit oder wenigstens Anerkennung für ihren Einsatz. Häufig können sie ihre Tätigkeit nicht weiter ausüben und verlieren ihre Einkommensmöglichkeiten – sie müssen Platz machen für die Kämpfer, die von der Front zurückkehren. Die traditionelle Frauenrolle wird ihnen erneut zugewiesen.

Letztlich wird ihr Beitrag im Krieg dann auf Schilderungen reduziert, in denen sie nur im Zusammenhang mit ihrem verwandtschaftlichen Verhältnis zu den Soldaten dargestellt werden: Sie werden als Mütter, Schwestern, Ehefrauen oder Töchter von Soldaten erwähnt. So kommt es zu Darstellungen, die Frauen als wehrlose Opfer beschreiben, die Schutz und Sicherheit einer Art bedürfen, die von Männern definiert und bestimmt wird.

Beispiel:

Die Situation der ehemaligen Kämpferinnen in der Nachkriegszeit in Eritrea

Eritrea wird oft als Beispiel für die Gleichberechtigung in der Armee hochgehalten. Dennoch hat eine Untersuchung der Demobilisierungsphase ergeben, dass die klassischen Geschlechterrollen auch in einem solchen Kontext Frauen in der Wiederaufbauphase eines Landes benachteiligen können.

Als die eritreische Armee ihre erste Demobilisierungsphase 1993 begann, wurde diese unter der Prämisse durchgeführt, dass Ex-Kämpferinnen die gleiche Behandlung wie Ex-Kämpfer erfahren sollten. Um ihre anzahlmäßige Beteiligung im bewaffneten Kampf genau zu reflektieren, wurde beschlossen, dass mindestens ein Drittel der Auszubildenden in jedem Demobilisierungsprogramm weiblich sein muss. Zusätzlich wurden die Frauen in solch traditionellen Gebieten wie Mattenweben, Korbflechten, Schneiderei, Stickerei oder Schreibmaschinenschreiben ausgebildet.

Doch keine der Maßnahmen war so erfolgreich wie erwartet: Die Ausbildung in den traditionell weiblichen Berufen brachte keine ausreichenden Einkünfte, deshalb lief das Programm 1995 aus. Die Ausbildung in den traditionell männlichen Berufen führte bei weitem nicht automatisch auch zu einer Anstellung in diesem Arbeitsbereich.

Die meisten männlichen Ex-Kämpfer fanden nach Kriegsende eine Anstellung auf Baustellen, welche in der Zeit des Wiederaufbaus boomten. Weibliche Ex-Kämpferinnen hingegen fanden auf dem Arbeitsmarkt oftmals keine Anstellung, entweder wegen ihrer mangelnden Mobilität, oder aber weil traditionelle Normen ihnen den Zugang zu männlichen Berufssparten verwehrten.

Wie in anderen Gesellschaften auch, hat sich Eritreas „Gleichberechtigung während des Krieges“ nicht als nachhaltig für die eritreischen Frauen erwiesen: Im Krieg durften die Frauen männliche Rollen einnehmen. Nach Kriegsende war es dann nicht anders als in anderen Gesellschaften: Die Frauen wurden schnell wieder in die traditionellen Plätze verwiesen.

**Rollenklischees
in Zeiten des
Krieges**

Ein weiteres Phänomen, welches die Bedeutung von Rollenklischees und Geschlechterverhältnissen im Zusammenhang mit gewalttätigen Konflikten und Kriegen unterstreicht, ist die Tatsache, dass eine Gesellschaft bereits im Vorfeld, also während der Vorbereitung auf eine kriegerische Auseinandersetzung, die klassischen Rollenklischees stärkt. So werden Frauen häufig zu „Müttern der Nation“ hochstilisiert. Sie sollen Söhne gebären, die für das Vaterland kämpfen können. In Fortsetzung dieser Theorie werden Frauen und Mütter zu „Trägerinnen des kulturellen Erbes einer Nation oder der Gemeinschaft.“ Dabei werden sie im Umkehrschluss – paradoxerweise – gerade dadurch besonders gefährdet: Sie werden potenzielle Opfer von Massenvergewaltigungen oder Zwangsprostitution – eine Waffe zur Demütigung des Feindes. Eine abartige Kriegsstrategie, die dazu dienen soll, die nationale Würde des Feindes zu beschmutzen, zu beschämen und zu entweihen. Beispiele für diese Gräueltaten gibt es mehr als genug. In letzter Zeit wurde „Vergewaltigung als eine Form der ethnischen Säuberung“ in diversen Kriegen eingesetzt: In Kambodscha, Haiti, Peru, Ruanda, Somalia, Uganda und im ehemaligen Jugoslawien.

1994 wurden in Ruanda zur Zeit des Völkermordes rund eine halbe Millionen Frauen vergewaltigt. Damit nicht genug: Offiziere riefen insbesondere HIV-Kranke zur Vergewaltigung von Tutsi-Frauen auf. In Bosnien wurden zwischen 20.000 und 50.000 Frauen Opfer von Massenvergewaltigungen und darüber hinaus gezielt zum Austragen der Kinder gezwungen.

**Kriegsende ist
nicht das Ende
der Qualen**

Die tragische Effektivität der Vergewaltigung als Kriegsstrategie liegt auch darin begründet, dass das offizielle Kriegsende für diese Frauen nicht automatisch das Ende der Qualen bedeutet, die sie im Krieg erleiden mussten. Sie sind weiter dazu gezwungen mit schrecklichen körperlichen und seelischen Schmerzen zu leben. Oftmals werden sie zusätzlich zu ihren körperlichen Schmerzen auch noch von der Gesellschaft, von dem eigenen Mann und der Familie ausgestoßen. Sie

gelten als „angeschlagenes Gut“ und werden als lebende Symbole für die „Erniedrigung der Nation“ und schlimmer noch, falls sie schwanger sind, als „Trägerin von feindlichen Kindern“ abgeschoben. Diese Frauen erleben Kriegsgewalt, sexuelle Gewalt und soziale Isolation, weil die Schande nicht die Vergewaltigter, sondern die Vergewaltigten trifft.

Geschlechterideologien, die eine Art männlichen Besitzanspruchs über Frauen und deren Fortpflanzung propagieren, fügen dem Leid von Frauen nach Ende des Krieges noch eine weitere Facette hinzu: Insbesondere auf der Verliererseite kompensieren Männer oftmals ihre Niederlage durch extreme Unterdrückung der „eigenen Frauen“, um so ihre Männlichkeit neu unter Beweis zu stellen. Solch extreme Trendwenden hin zu den vermeintlich „goldenen Zeiten“ vor Kriegsbeginn, als der „Mann noch ein Mann war“ und die „Frau wusste wo sie hingehörte“ beobachtet man häufig nach Kriegsende.

Im Nachkriegskambodscha etwa haben 75 Prozent aller Frauen häusliche Gewalt erlebt, oft durch Männer, die ihre Kriegswaffen behalten hatten. Auch auf dem Balkan eskalierten die innerfamiliären Grausamkeiten in und nach den Kriegen. Viele Ex-Soldaten, die Gräueltaten erlebten oder selbst begingen, verlieren offenbar jegliche innere Orientierung. So wie jene vier Kämpfer einer US-Spezialeinheit, die vor kurzem nach ihrer Rückkehr aus Afghanistan allesamt ihre Frauen töteten. Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen häuslicher und kriegerischer Gewalt. Nachweislich erreicht die häusliche Gewalt durch die allgegenwärtige Präsenz von Kleinwaffen und der Verrohung der Gesellschaft durch den Krieg neue Ebenen der Brutalität.

Weil Frauen auf solch vielfältige und spezielle Art von den Auswirkungen der Verbreitung und der leichten Verfügbarkeit von Schusswaffen betroffen sind, könnte man davon ausgehen, dass sich die Entwaffnungs- und Demobilisierungspolitik ausführlich mit geschlechtsspezifischen Ansätzen befasst. In Wirk-

**Kompensation
der Niederlage
durch Unter-
drückung**

lichkeit ist diese Domäne der Sicherheitspolitik von Männern okkupiert, die nach wie vor die geschlechtsspezifischen Aspekte nicht berücksichtigen. Frauen müssen sich auch und gerade in diesen Fragen verstärkt zu Wort melden. Denn an dem Zusammenhang zwischen Geschlechterrollen und Konflikten, die zumeist mit Kleinwaffen ausgetragen werden, kommen wir nicht vorbei. Die Kontrolle und das Management von Kleinwaffen bleiben ohne die geschlechtsspezifische Perspektive unvollständig und können dementsprechend auch keine tragfähigen geschlechterübergreifenden Lösungen entwickeln.

Empfehlungen der Werkstatt

Für den Zeitraum von Januar 2003 bis Februar 2004, in dem Deutschland einen Sitz im UN-Sicherheitsrat hat, soll ein Frauenfriedentisch gegründet werden. Ein erstes Treffen soll auf Bonner Ebene im Januar 2003 stattfinden, um genauere Vorstellungen über die Aufgaben des Frauenfriedentischs zu sammeln. Der Kontakt wird über das Deutsche Komitee für UNIFEM, BICC und das Frauennetzwerk für den Frieden stattfinden. Eventuell sollen politische Stiftungen als Begleiter angesprochen werden.

Ziviles Leben nach Kriegen und bewaffneten Konflikten muss erlernt werden. Dies betrifft den Ausbildungs- und den beruflichen Bereich, aber auch das Wiedererlernen beziehungsweise Wieder-Ernstnehmen von Werten.

In Phasen der Entwaffnung ist es wichtig, mit Männern zu reden und zu arbeiten, um die „win-win“-Situation, das Neumischen der Chancen, für alle verständlich zu machen.

Neben dem Erarbeiten von konkreten Schritten der Entwaffnung unter dem Gender-Aspekt, sollen diese Inhalte mehr in die Öffentlichkeit gebracht werden. Konkret sollen mehr JournalistInnen gezielt für die Ansichten von Frauen zum Frieden interessiert werden.

Für die Friedensarbeit und die Verhinderung der Ausbreitung von Konflikten ist es wichtig, die länderspezifischen Situationen besser kennen zu lernen. Pauschale oder globale Konfliktlösungen gibt es nicht.

Ziel aller Bemühungen im Wiederaufbau soll sein, die Konfliktprävention zu stärken, um bewaffnete Auseinandersetzungen und Kriege zu vermeiden. Dabei soll vor allem untersucht werden, welche wirtschaftlichen Interessen zu Kriegen motivieren.

Als Bündnispartner für die Frauenfriedentische soll die Berthavon-Suttner-Stiftung angesprochen werden, da diese historisch eine Vorreiterrolle spielt.

Zukunftswerkstatt 2: Trauma-Arbeit

Wera Kampmann, die als Psychotherapeutin in Lateinamerika selbst Trauma-Arbeit durchführt, befragt die beiden UNIFEM-Preisträgerinnen Christine Luutu und Lucia Quila Coló zum Thema Trauma-Arbeit.

Wera Kampmann betont die Bedeutung der Trauma-Bearbeitung. Sie weist darauf hin, dass es auch in Deutschland eine traumatisierte Gesellschaft gibt. Erst in ihrer Generation wird damit begonnen, die Traumata von Opfern des Naziregimes aufzuarbeiten. Traumata sind ansteckend, muss sie bei der Arbeit in ihrer Praxis immer wieder feststellen. Wie die Holocaust-Forschung gezeigt hat, werden nicht bearbeitete Traumata an die nächste Generation weitergegeben. Trauma-Bearbeitung ist sehr wichtig, da sie die Frauen die eigene Stärke spüren lässt und zur Änderung der Frauenrolle führen kann.

Die Bedeutung des Preises

Beide Preisträgerinnen messen der Auszeichnung durch UNIFEM eine sehr große Bedeutung bei. Der Preis sei besonders als Anerkennung ihrer Arbeit wichtig, so die zwei Frauen. Christine Luutu sagt, gerade dadurch, dass der Preis durch eine internationale Organisation verliehen wurde, habe er eine politische Bedeutung. „Unsere Arbeit wird damit international anerkannt“, freut sie sich. Dies führe zu einer Aufwertung der Bemühungen in Uganda, wo viele Trauma-Arbeit noch als Nebensache ansehen.

Lucia Quila Coló sieht den Preis als Zeichen für die Bekanntheit der Arbeit von CONAVIGUA. Die Auszeichnung bedeute auch eine Anerkennung der Organisation der Regierung gegenüber. Diese Unterstützung sei gerade angesichts der politischen Situation und den vielen Drohungen gegen Mitarbeiterinnen sehr wichtig. „Der Preis zeigt den tausenden Witwen, dass ihre Risiken und Entbehrungen nicht vergeblich waren“, sagt sie.



Christine Luutu



Lucia Quila Coló

Lucia Quila Coló betont: „Ich möchte die Beziehungen und den Austausch mit Deutschland aufrecht erhalten.“ Zunächst schlägt sie eine Koordinierung der Arbeit und Kommunikation unter den Gruppen vor. Es sei wichtig, dass Vorschläge und Informationen alle Gruppen erreichen können. Besonders bedeutend für ihre Organisation sei außerdem die finanzielle Hilfe. Die Arbeit von CONAVIGUA würde auch nach dem Friedensschluss von Tag zu Tag mehr gebraucht. „Bei einer Kürzung oder Aussetzung der Mittel wissen wir nicht, wie wir weitermachen sollen“, erklärt sie die Wichtigkeit finanzieller Zuschüsse. Eine weitere wichtige Art von Unterstützung, die ihre Organisation braucht, sei politischer Art, beispielsweise ein Bekanntmachen ihrer Situation durch die Medien. Als die Gruppe noch besonders unter Einschüchterung, Bedrohung und Überwachung litt, habe eine Aktion von Amnesty International sehr geholfen. Mit einer Briefkampagne hatte die Menschenrechtsorganisation Druck auf Behörden und Militärs ausgeübt. „Die Aufmerksamkeit schützt die Frauen“, ist Lucia Quila Coló sicher. Es wäre wünschenswert, dass andere Gruppen auf ähnliche Weise helfen könnten, sagt sie. Auch Christine Luutu findet Artikel in internationalen Zeitungen, die die Ziele des Zentrums weiterverbreiten, sehr hilfreich.

„Religion spielt gleich in mehrerer Hinsicht eine wichtige Rolle in unserer Arbeit“, sagt Christine Luutu. Zunächst sei Spiritualität eine wichtige Ressource zur Entspannung. „Men-

Internationale Zusammenarbeit

Die Kooperation mit der Kirche

Zusammenarbeit mit den Kirchenvertretern ist nicht einfach

schen in Not können durch Spiritualität wieder ihr inneres Gleichgewicht finden.“ Zudem spielten die religiösen Führer aufgrund ihrer hohen gesellschaftlichen Akzeptanz eine wichtige Rolle. In Uganda ist nicht das europäische Christentum vorherrschend, informiert Christine Luutu. Vielmehr hätten die Menschen ihre eigene Art der Religiosität. Die katholische Kirche in Uganda ist sehr konservativ, die Strukturen festgefahren, berichtet Christine Luutu. Zwar sei der Kontakt zu den Bischöfen freundlich, jedoch könnten bestimmte Themen nicht besprochen werden. So ist es zum Beispiel einer Frau, die unter häuslicher Gewalt leidet, verboten sich von ihrem Mann zu trennen. Auch für mit dem Aids-Virus infizierte Frauen gebe es keine Hilfe.

Die Erfahrungen von Lucia Quila Coló mit Vertretern der Kirche sind gemischt. Es ist schwierig gewesen die Bischöfe für eine Zusammenarbeit zu gewinnen, erinnert sie sich. Nach einem Gesetzentwurf über den bürgerlichen Militärdienst hatte CONAVIGUA den Bischöfen eine gemeinsame Grundsatzerklärung vorgeschlagen. „Die Kirchenvertreter dazu zu bringen war harte Arbeit“, blickt sie zurück. CONAVIGUA müsse immer wieder an das Gewissen der Kirchenvertreter appellieren und Überzeugungsarbeit leisten. Zum Konflikt mit den Gemeinden käme es auch immer wieder wegen der Maya-Kultur. „Sobald wir es wagten über unsere Maya-Kultur zu sprechen, kam es zum Zusammenstoß“, so Lucia Quila Coló. Die Priester hatten die Maya aus der katholischen Kirche ausgeschlossen. Die dadurch entstandene Teilung zu überwinden sei eine schwierige Aufgabe, an deren Lösung jedoch nicht nur CONAVIGUA, sondern auch andere Institutionen arbeiten. Dennoch sei die Zusammenarbeit mit der Kirche sehr wichtig, und die Annäherung an die Priester hilfreich gewesen. „Manchmal haben die Kirchenvertreter unsere Menschenrechtsarbeit unterstützt, manchmal nicht“, so ihr Fazit. In welchem Umfang die Kooperation stattfindet, hängt zum Großteil von den einzelnen Priestern ab, sagt Lucia Quila Coló. Zu Beginn der

Arbeit von CONA-VIGUA beispielsweise hätten manche Pfarreien alle Witwen willkommen heißen, andere lediglich Räumlichkeiten für Versammlungen zur Verfügung gestellt, und wieder andere jegliche Hilfe verweigert.

Ein Austausch von Methoden zur Bewältigung von Traumata wird von allen Teilnehmern der Werkstatt befürwortet. Wera Kampmann weist darauf hin, dass die Familienaufstellung nach Hellinger, die in Deutschland als Heilmethode oft verwendet wird, auch afrikanische Wurzeln hat. Christine Luutu nennt als alternative Methoden Rollenspiele und Empathietraining. Als Ort des Austauschs werden Netzwerke oder Workshops vorgeschlagen.

Methoden- austausch

Zukunftswerkstatt 3: Die Rolle der Zivilgesellschaft

Die Referentinnen Sieglinde Weinbrenner und Edda Kirleis vom EED schilderten ihre Erfahrungen aus der Entwicklungszusammenarbeit in den Krisenregionen Südasiens und Palästinas.

Diese wurden auf ihre Bedeutung für die Fragestellung der Tagung hin überprüft und systematisiert. Die These der Referentinnen: Konflikte sind sinnvoll und wichtig. Sie müssen keineswegs vermieden, sondern im Sinne der Schaffung von Gerechtigkeit bewusst gefördert werden. Allerdings sollen Konflikte ohne Gewalt ausgetragen werden und nicht in Kriegen münden. Die Erfahrung der beiden Frauen in den Krisenregionen lassen sich in folgende Punkte zusammenfassen:

Die Wahrnehmung des Konflikts

Aufgrund der unterschiedlichen Identitäten und Rollen, die Angehörige der Zivilgesellschaft, beeinflusst durch Geschlecht, ethnische, nationale oder religiöse Zugehörigkeit, Klasse, Hautfarbe, etc. innehaben, werden bewaffnete Konflikte vielfältig wahrgenommen. Frauen machen in der Regel in Krisensituationen andere Erfahrungen als Männer. Aufgrund der Wahrnehmung des Konflikts aus ihren Lebenszusammenhängen heraus, entstehen andere Analysen und Lösungswege. Diese müssen in Friedensprozesse einbezogen werden. Auf einem Workshop von südasiatischen Frauen beispielsweise wurden die Teilnehmerinnen gebeten, Karten ihrer Wahrnehmung von bewaffneten Konflikten zu zeichnen. Es entstanden vielfältige Darstellungen, die Faktoren wie zugängliche Krankenhäuser, die Bedeutung von Grenzen und wirtschaftliche Aspekte berücksichtigten.

Verständnis von Frieden

Eine Friedensperspektive, die auf den Erfahrungen der Zivilgesellschaft beruht, ist eine umfassende. J. Galtung spricht von drei Ebenen der Gewalt, die miteinander in Beziehung stehen: die persönliche, die symbolische und die institutionel-

le. Durch diese drei Ebenen wird die gesellschaftliche Identität konstruiert, also auch die Identität des Geschlechts. Die feministische Theorie besagt, dass ein Friedensprozess diese Ebenen mit einbeziehen muss und nicht nur auf der institutionellen Ebene ansetzen darf (Cordula Reimann). So steigt zum Beispiel in Krisenregionen nicht nur die sexuelle Gewalt gegen Frauen und Männer durch das Militär, sondern insbesondere auch die häusliche, sexuelle Gewalt gegen Frauen. Dies ist ein Thema, das bei Friedensprozessen häufig völlig ignoriert wird.

Insbesondere das Verständnis von Männlichkeit, das in Friedenszeiten mehr Entfaltungsmöglichkeiten bietet, verengt sich: Die Versorgungsaufgabe, die unter anderem gesellschaftlich Männlichkeit ausmacht, lässt sich kaum noch realisieren. Dafür werden die nach außen gerichtete Schutzfunktion und die interne Autoritätsfunktion in Krisensituationen stärker betont und aggressiv umgesetzt. Männer, die nicht bereit sind, sich anzupassen, werden unterdrückt oder vertrieben.

Die Situation von Kindern in bewaffneten Konflikten spielt in den Verhandlungen meist genauso wenig eine Rolle. Das Beispiel Nahostkonflikt zeigt, dass Kinder den Respekt vor den Eltern verlieren, wenn diese nicht in der Lage sind, die Kinder im Konfliktfall und in Gefahr zu schützen. Weiterhin ist ein besorgniserregender Werteverlust festzustellen, da die Kinder einzig die Erfahrung machen, dass der Stärkere mit militärischen Mitteln gewinnt. Sie lernen nicht mit Interessenkonflikten gewaltfrei umzugehen oder überhaupt die Interessen anderer zu berücksichtigen. In Palästina haben vor allem ganz junge Kinder jede Angst gegenüber Panzern verloren. Sie begeben sich in Gefahr, in dem sie sich auf gefährliche Spiele einlassen, wie etwa mit Steinen gegen Panzer zu werfen. Sie konkurrieren miteinander, wer die verschiedenen Geräusche der Waffen am besten unterscheiden kann. Während der Aufräumarbeiten im Flüchtlingscamp Jenin haben die Kinder die Arbeiten bei der Bergung von Toten und Verletzten gestört und wollten bei

**Krieg verengt
das Verständnis
von Männlich-
keit**

**Situation der
Kinder wird
außer acht
gelassen**



allem anwesend sein. Eltern und Lehrer spielen keine Rolle mehr als Vorbilder für die Kinder. Idole in den Augen der Kinder sind eher die so genannten Märtyrer, da sie sich gegen die allmächtige israelische Militärmacht wehren. Um eine zukünftige friedliche Entwicklung in Nahost zu ermöglichen, kommt es jedoch entscheidend auf die nächste Generation an. Frauen können aufgrund ihrer Erfahrungen diese menschliche Dimension von Friedensprozessen eher einbringen.

Verständnis von Politik

Die sozialen Veränderungen in Krisensituationen führen dazu, dass Frauen, um das Überleben zu sichern, gesellschaftliche Aufgaben übernehmen, die ihnen zuvor verwehrt wurden. Oft leisten sie dabei wichtige Beiträge zum Frieden, engagieren sich in gesellschaftlichen Prozessen und werden zu Friedensakteurinnen – sie handeln politisch. Vielfach nutzen sie dazu ihre traditionellen Rollenzuschreibungen, beispielsweise als Mütter („Naga Mothers Association“ in Nordostindien, „Mütter der Verschwundenen“ in Sri Lanka). Sobald es

jedoch zu strukturierten politischen Verhandlungsprozessen kommt, sind Frauen kaum oder gar nicht mehr beteiligt. Frauen selbst definieren ihre gesellschaftlichen Aktivitäten als „unpolitisch“ und halten sich nicht dafür geeignet, auf „politischer Ebene“ etwas beizutragen. Sie verstehen diese Ebene als die der machtvollen Vertreter des Staates und der bewaffneten Organisationen.

Die Handlungsfelder von Frauen weiten sich aus, aber die Definition von Politik verengt sich. Die Macht kommt aus den Gewehrläufen. Eine weitere Politikdefinition sollte sich an dem feministischen Slogan „das Persönliche ist Politisch“ ausrichten.

Frauen und Männer, die in militarisierten Gesellschaften leben, erfahren diese Situation als unsicher und bedrohlich. Militarisierte Institutionen, seien sie staatlicher oder nicht-staatlicher Natur, stellen sich dennoch als „Sicherheitskräfte“ dar. Werden nur diese in Friedensverhandlungen einbezogen, besteht die Gefahr, dass Friedensprozesse als militärische Prozesse zum Schutz der Zivilgesellschaft gesehen werden, die Militarisierung nicht abgebaut wird und die Unsicherheits-situation in der Bevölkerung angesichts der bestehenden Waffengewalt bestehen bleibt. Eine neue, innovative Definition von Sicherheit als sozialer Begriff, der durch Vertrauen und Entwaffnung geprägt ist, ist nötig.

Die Erfahrungen in der Entwicklungszusammenarbeit in den Krisenregionen in Südasien und in Palästina zeigen, dass Friedensprozesse die Rolle der Zivilgesellschaft in umfassender Weise berücksichtigen müssen, um erfolgreich und nachhaltig zu sein. Dabei ist es unerlässlich, die vielfältigen Perspektiven der heterogenen Zivilgesellschaft mit einzubeziehen. Insbesondere Frauen müssen hier Raum erhalten. In vielen Fällen, wie beispielsweise in Bosnien, in Israel/Palästina, in Nordostindien oder in Sri Lanka führen Frauenorganisationen schon lange vor offiziellen Friedensverhandlungen und paral-

**Militarisiertes
Verständnis von
Sicherheit**

**Rolle der Zivil-
gesellschaft**

lel dazu authentische Friedensdialoge. Sie sammeln dabei viele wertvolle Erfahrungen, denen viel zu wenig Beachtung geschenkt wird. Frauen haben aufgrund ihrer sozialen Rolle andere Möglichkeiten, grenzüberschreitend tätig zu sein. Sie gehen dabei aber oft ein hohes Risiko ein, begeben sich an den Rand ihrer Gesellschaft und laufen Gefahr, als Verräterinnen angesehen zu werden.

Das israelisch-palästinensische Frauennetzwerk Jerusalem Link hat im Sommer 2002 eine neue Initiative gestartet, um Frauen in den Friedensprozess einzubeziehen. Es beruft sich dabei auf die Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats. Ziel des Netzwerks ist es, eine israelisch-palästinensische Frauenkommission unter Federführung der UN einzusetzen, die bei zukünftigen Verhandlungen konsultiert wird und sich aktiv an ihnen beteiligt. Zustimmung zu dieser Initiative kommt bereits von vielen Seiten. Die Frauen sind derzeit daran, die Mitglieder des UN-Sicherheitsrats von der Notwendigkeit ihrer Initiative zu überzeugen. Eine Antwort von Kofi Annan steht noch aus.

Kontroverses und Fragen

Frauen sind keine essenzielle Kategorie, ihre Identität ist gesellschaftlich konstruiert. Folglich gibt es keine gleiche Erfahrung aller Frauen. Frauen sind nicht nur Opfer, sondern Überlebende, Akteurinnen und Täterinnen. Frauen sind keine homogene Gruppe. Die Frauengruppen haben demzufolge unterschiedliche Interessen. Wie können wir dieser Realität gerecht werden und bei Anerkennung dieser Unterschiede solidarisch als Frauen handeln?

Frauen werden von den Kriegsparteien auf der symbolischen Ebene als Sinnbilder für nationale oder ethnische Identität beziehungsweise Ehre benutzt. Wie ist das Verständnis der Frauenorganisationen vom Staat – als Institution, die Geschlechterungerechtigkeit legitimiert oder als Schutzinstanz der Zivilgesellschaft (Pakistan/Afghanistan)?

Stellen die Frauen in (nationalen) Befreiungsbewegungen ihre eigenen Empowerment-Interessen zugunsten der Nation und der Loyalität zu den eigenen Männern zurück? In Nordostindien fanden die Frauen verschiedener verfeindeter Ethnien schnell Gemeinsamkeiten, die sie über die Kriegsgrenzen hinweg verbinden. Öffentlich waren sie jedoch nicht bereit, darüber zu sprechen – dies könnte als Verrat an der nationalen Sache gewertet werden.

Ist es als Empowerment zu werten, wenn Frauen neue Rollen in Krisensituationen übernehmen (müssen)? Kann es zur nachhaltigen Veränderung führen? Eine Bedingung dafür wäre, dass die Veränderungen nicht nur auf der Ebene der Aufgaben und Rollen, sondern auch der Normen, Werte und Symbole stattfinden und nachhaltig gesichert werden.

Haben Frauen aufgrund ihrer Erfahrungen mit Unterdrückung eine größere Fähigkeit beziehungsweise Möglichkeit,

die Perspektiven von Machtlosen und Unterdrückten in Friedensprozesse einzubringen? Wie könnte dies aussehen?

Die enge Definition von Männern als starken und gewalttätigen Tätern und Frauen als schwachen und passiven Opfern behindert Friedensprozesse. Es ist darum eine wichtige Herausforderung, dominante Maskulinitäten und Femininitäten zu analysieren. Man muss nicht nur mit Frauen, sondern auch mit Männern daran arbeiten, die Vielfalt von Männlichkeit herauszustellen und männliche Opfer und Überlebende von Gewalt zu begleiten und zu unterstützen. Weiterhin muss es innerhalb von Männergruppen eine Auseinandersetzung mit den Bildern von Frauen geben.

Soll es zur Konfliktbewältigung reine Frauentische geben oder sollen Frauen von Anfang an (Gender-Ansatz) in die offiziellen Friedensverhandlungen hinein?

Frauen an die Verhandlungstische und in UN-Missionen: Was ist zu tun?

Auf der Weltfrauenkonferenz in Peking wurde betont, dass die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen bei Friedensaktivitäten auf allen Ebenen gefördert werden soll. Wie lässt sich dieser Anspruch umsetzen?

Die Journalistin **Ute Scheub**, Vertreterin der Aktion Scheherezade, schildert das Beispiel für die Durchsetzung dieser Forderung, das ihre Organisation favorisiert. Scheherezade wurde 1991 aus Protest gegen den Golfkrieg gegründet. Nach dem 11. September 2001 wurde die Aktion wiedererweckt. Die Schwerpunkte der Arbeit der Organisation bilden die Hilfe für afghanische Frauen und die Werbung für die Idee eines Weltfrauensicherheitsrats, einer möglichen Umsetzung der Pekinger Forderung. Die Gründung eines solchen Gremiums wurde im September 2002 auf einer internationalen Tagung, die Scheherezade mitinitiiert hatte, beschlossen. Der Rat soll nicht innerhalb der UNO agieren, sondern ihn von außen kritisieren. „Wir wollen zwar die UNO in den Frauenrechten stärken, denken aber, dass es besser ist den ‚Boys‘ von außen Beine zu machen“, erklärt Ute Scheub.

Mit dem bestehenden Sicherheitsrat sind die Frauen aus mehreren Gründen unzufrieden: Zunächst zeige der Irak-Konflikt, dass der Rat in Gefahr ist, Kriege zu legitimieren statt zu verhindern. Weiterhin ließe der Weltsicherheitsrat sich von den Großmächten zur Durchsetzung ihrer Interessen missbrauchen. Ute Scheub: „Das World Game Institut hat ausgerechnet, dass 30 Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben genügen, um die schlimmsten Menschheitsprobleme, wie Hunger, Seuchen, Aids, auf einen Schlag zu lösen.“

**Kritik am
Sicherheitsrat**

**Frauen fordern:
„Quotierung der
Weltsicherheit“**

Ein weiterer Vorwurf: „Der UN-Weltsicherheitsrat spricht nicht in unserem Namen.“ Die Frauen fordern aus diesem Grund die „Quotierung der Weltsicherheit“. Sie sind überzeugt, dass Frauen mehr von ziviler Konfliktlösung verstehen, nicht weil sie bessere und friedlichere Menschen sind, sondern weil ihre soziale Rolle sie dafür prädestiniert. Überall auf der Welt werden Friedensinitiativen von Frauen getragen. Die Frauen von Scheherezade kritisieren weiter: „Im Weltsicherheitsrat sitzen so genannte Sicherheitsexperten, die einen männlich verengten Begriff von Sicherheit haben. Sie meinen die Sicherung ihrer Landesgrenzen und ihrer Präsidentenpaläste und die Sicherung ihrer Herrschaft. Unsere Definition von Sicherheit ist eine ganz andere, wir gehen nicht von fiktiven Schutzbedürfnissen einer Nation, sondern von den konkreten Schutzbedürfnissen des menschlichen Körpers aus. Wir fordern das Recht auf ein sicheres Leben für alle vom Baby bis zur Greisin“, so die Journalistin.

**UN-Resolution
1325 schnell
umsetzen**

Befolge der Irak die Resolution des Weltsicherheitsrats nicht, würde ein Krieg angedroht und hunderttausende von Soldaten in Marsch gesetzt. „Was aber passiert, wenn der Weltsicherheitsrat seine eigenen Resolutionen nicht umsetzt?“, fragt die Journalistin. Dies ist bei der Resolution 1325 der Fall: Zwei Jahre nach ihrer Verabschiedung ist sie noch nicht umgesetzt. Die Resolution fordert die gleichberechtigte Teilnahme von Frauen auf allen Ebenen des Friedensprozesses. Tatsache sei jedoch, dass Frauen nirgendwo gleichberechtigt an den Friedentischen sitzen. „Im Falle Afghanistans mussten sie sehr darum kämpfen bei der Petersberg-Konferenz 2001 überhaupt an den Katzentischen zu sitzen“, erinnert Ute Scheub. Die UN-Resolution fordert die massive Erhöhung des Frauenanteils in UN-Führungspositionen. Die Realität ist, dass dieser Frauenanteil seit den neunziger Jahren ständig zurückgeht, sagt die Journalistin. Die Resolution verlangt weiterhin Gender-Training für das gesamte UN-Personal, Gender-Beraterinnen



für alle Friedensmissionen, sowie Polizistinnen und weibliche Sicherheitskräfte, die Frauen vor sexualisierter Gewalt schützen sollen. In Zeiten der Finanzkrise werde Gender-Training jedoch oft als Luxus angesehen. Der Anteil der Frauen bei UN-Friedensmissionen liege zwischen null und vier Prozent, informiert Ute Scheub. Der einzige Fortschritt sei, dass zukünftig Gender-Perspektiven Teil aller Friedensmissionen sein sollen. Ihr Fazit: „Es geht viel zu langsam.“

**Die Alternative:
Weltfrauen-
sicherheitsrat**

„Der Weltfrauensicherheitsrat kann zu mehr Schnelligkeit führen, es wäre ein Organ der sich weltweit formierenden Zivilgesellschaft, eine Möglichkeit für NGOs, die konkret für Frauen, Frieden, Menschenrechte arbeiten, einen Lautsprecher zu erhalten“, nennt Ute Scheub die Vorzüge des Gremiums. Als mögliche Aufgaben des Weltfrauensicherheitsrates zählt sie auf: Das Sichtbarmachen der alternativen Betrachtungsweisen von Frauen auf lokaler, regionaler und globaler Ebene in Krisensituationen; die Vertretung verstärkten positiven Handelns vor dem Sicherheitsrat; die Propagierung gelückter Konfliktbearbeitung; das Schaffen von Freiräumen für die Entwicklung von Visionen; die Durchführung von Kampagnen für eine globale Entwaffnung, sowie die Beobachtung und kritische Kommentierung der Arbeit des UN-Sicherheitsrats.

Ein anderes Modell sei, das Zusammenwachsen eines Weltfrauensicherheitsrates aus regionalen Frauensicherheitsräten. Dafür nennt Ute Scheub zwei Beispiele:

In Israel/Palästina, wo Frauen seit den achtziger Jahren zusammenarbeiten, wurden 1994 mit EU-Geldern zwei Zentren gegründet: Das israelische „Bat Shalom“ (Tochter des Friedens) in Westjerusalem und das „Jerusalem Centre for Women“ in Ostjerusalem. Immer wieder traten Frauen beider Völker an die Öffentlichkeit, sie haben im Mai im Weltsicherheitsrat gesprochen, allerdings ohne konkrete Folgen. Jetzt haben sie den UN-Generalsekretär in einem Brief aufgefordert, eine Kommission aus Friedensaktivistinnen aus Israel, Palästi-



na und der internationalen Gemeinschaft zusammenzurufen, der in alle offiziellen Friedensgespräche mit einbezogen wird. Kofi Annan hat noch nicht geantwortet.

Frauen aus den ehemaligen Kriegsgebieten Guinea , Liberia und Sierra Leone haben sich zusammengeschlossen und bei der Afrikanischen Union erfolgreich um Unterstützung ihrer Arbeit geworben. 1998 ist daraus das „African Women Committee for Peace and Development“ entstanden, in dem fünf Regierungsvertreterinnen, fünf NGO-Vertreterinnen und fünf unabhängige Frauen zusammenarbeiten. Dieses Modell könnte auch ein Vorbild für andere Regionen sein.

Die Vorschläge Ute Scheubs werden vom Publikum ergänzt: Es wird angemerkt, dass auch Männer in dem neuen Rat sitzen sollten. Eine Teilnehmerin schlägt ein EU-Frauenministerium vor.

Dr. Matthias Weiter, UN-Referatsleiter des BMZ, unterstützt in Teilen die Kritik am Weltsicherheitsrat. Dieser sei 1944/45 erdacht worden, um Geschehnisse wie den Zweiten Weltkrieg

Der UN-Sicherheitsrat als ideales Werkzeug?

zukünftig zu verhindern. Es sei jedoch fraglich, ob der Rat nach dem Ende des Kalten Kriegs immer noch das ideale Werkzeug ist, um künftige, im Moment vorhersehbare Konflikte vermeiden zu helfen, argumentiert er.

Schon im Bundessicherheitsrat mache es einen Unterschied beispielsweise für die Rüstungsexportpolitik, ob die Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit vertreten ist oder nicht, so Weiter. Er weist auf einen von einer Frau entwickelten Ansatz zur Entdeckung von Konfliktpotenzial hin, den das BMZ gerade in Deutschland propagiert. „Do no harm“, heißt die Strategie von Mary Anderson. In zahlreichen entwicklungspolitischen Studien hatte Anderson gezeigt: Auch ein Handeln mit guten Intentionen kann zur Folge haben, dass Konflikte unbewusst eher verstärkt als verhindert werden. Vermeintlich gutes Tun könne also viel Schaden anrichten. Der Ansatz von Mary Anderson wird momentan auch im Bonner Raum häufig aufgegriffen, informiert Matthias Weiter, beispielsweise von DWWH, DED und UNV als analytischer Ansatz zur Entdeckung von Konfliktpotenzial in der Entwicklungszusammenarbeit anerkannt.

**Frauen am
großen, runden
Tisch**

Ute Scheubs Vorwurf, die Frauen hätten bei der Petersberg-Konferenz nur am Katzentisch gesessen, widerspricht Weiter. Das sei keineswegs der Fall gewesen. „Die Frauen haben mit am großen runden Tisch gesessen“, sagt er. Dies sei vor allem dem Engagement deutscher Politikerinnen zu verdanken. „Das zeigt doch, dass innerhalb von Institutionen viel bewirkt werden kann, was nicht heißt, dass der Druck von außen entbehrlich ist“, so seine Meinung.

In den Zuständigkeitsbereich des Referatsleiters fallen die Personalfragen in internationalen Institutionen. Matthias Weiter berichtet von der Politik des Generalsekretärs, den Frauenanteil in allen Institutionen und auf allen Funktionsebenen auf 50 Prozent anzuheben. Die Besetzung der Administrationsabteilung des Generalsekretariats, das für die Personalpolitik der

UN zuständig ist, mit Carol Bellamy sei ein deutliches Zeichen für die konsequente Durchsetzung dieser Politik. Damit sei die UN deutlich weiter als die bundesdeutschen Institutionen, bemerkt er. In entsprechenden Nachwuchsprogrammen des DIE, das den entwicklungspolitischen Nachwuchs ausbildet, sind in diesem Jahr sogar zwei Drittel Frauen und nur ein Drittel Männer vertreten, nennt Matthias Weiter ein Beispiel für die Auswirkung auf deutsche Institutionen. In einem weiteren Förderprogramm liege der Schnitt in den vergangenen acht Jahren bei einem Frauenanteil von 49,86 Prozent, die Übernahmequote bei 50:50. Besonders in den Aufsichtsgremien wird auf das Einhalten der Quote geachtet. Im ECOSOC beispielsweise seien in den Aufsichtsgremien deutlich mehr Frauen als Männer, während im Sicherheitsbereich die Männer dominieren. Im Ministerium könne man das Phänomen beobachten, dass die typische Schreibkraft langsam durch die Computer, die heute jeder bedient, verschwindet. Die Folge: Eine stärkere „Ausbalancierung der Geschlechter“ im Sinne der Gender Policy.

Ute Scheub entgegnet den Ausführungen kritisch: „Gerade in den Führungspositionen der UN-Gremien geht es für Frauen nicht voran.“ Die Journalistin fragt nach der Meinung von Matthias Weiter oder der Ministerin zum Frauensicherheitsrat.

Darauf der Referatsleiter: „Generell wird eher die Politik verfolgt, die Zahl der Gremien zu reduzieren“, sagt er. Die favorisierte Variante: Ein Weltwirtschaftssicherheitsrat, in dem die Themen Wirtschaft und Entwicklung gleichberechtigt wahrgenommen werden. Die Rolle, die ein Weltfrauensicherheitsrat dabei übernehmen könnte, sei unklar. Matthias Weiter rät den Frauen jedoch mit ihrer Arbeit fortzufahren: Starker Druck von außen auf einzelne Politiker sei eine gute Möglichkeit, Dinge zu verändern.

Heike Alefsen von UNIFEM New York betont, dass Druck von innen und außen notwendig ist. Sie befürwortet es, zwei-

**Die Position des
BMZ**

gleisig zu fahren. „Der Weltfrauensicherheitsrat ist eine gute Idee“, so ihre Meinung. Sie weist jedoch auf Lobby-Gruppen wie die „Arbeitsgruppe für Frauen, Frieden, Sicherheit“ hin, die bereits ständig die Handlungen des Weltsicherheitsrates analysieren und kritisieren. Heike Alefsen betont: „Lobbyarbeit muss vor Ort betrieben werden, sie darf sich nicht mit Halbinformationen begnügen.“

Die Staaten müssten immer wieder an ihre Verpflichtungen erinnert werden, fordert die UNIFEM-Vertreterin die Frauen auf. Sie erinnert an Artikel 26 der UN-Charta, der die Erarbeitung eines Abrüstungsplans vorschreibt und immer noch nicht umgesetzt wurde. Frauen sollten sich im UN-System ganz konkret auf verschiedenen Stufen der Konfliktbeilegung beteiligen.

**Mitwirkung
muss publik
gemacht werden**

Besonders bei den UN-Missionen sei es jedoch wichtig die Frauen nicht nur daran zu beteiligen, sondern ihre Mitwirkung auch publik zu machen. Ein Problem bei der Beteiligung von Frauen an Verhandlungen aus Alefsens Sicht: Die Entscheidungen sind oft schon getroffen, bevor die eigentlichen Friedensverhandlungen beginnen. Auf die Geheimdiplomatie können die Frauen nur schlecht einwirken. Eine Beteiligung von Frauen ist nur dann möglich, wenn die Mitgliedsstaaten offiziell Vertreterinnen dafür nominieren. Heike Alefsen stimmt Ute Scheub zu: „Im UN-System sind Frauen in der mittleren und oberen Führungsebene kaum zu finden.“

Alefsen fordert weiter: Deutschland muss in der Zeit, in der es einen Sitz im Sicherheitsrat hat, mit gutem Beispiel vorangehen, indem es darauf besteht, dass bei Konfliktverhandlungen auch mit den Frauenorganisationen vor Ort gesprochen wird.

Wie wirkt sich die Arbeit der UN Peace Forces auf Frauen aus? Heike Alefsen berichtet von einer Studie von UNIFEM, die das Verhalten von Soldaten und Peace Forces innerhalb Missionen gegenüber der lokalen Bevölkerung untersucht hat. Zum Teil seien die Ergebnisse erschreckend: „In Regionen am

Balkan, in denen Friedensmissionen stationiert sind, ist der Frauenhandel stark angestiegen“, so Alefsen. UN-Personal und humanitäres Hilfspersonal machen dort rund 30 Prozent der Klientel von Prostituierten und Zwangsprostituierten aus, nennt die UNIFEM-Vertreterin Zahlen. Mit Themen, die Frauen in den Konfliktgebieten besonders betreffen, wie dem Ansteigen häuslicher Gewalt, seien die Sicherheitskräfte oft überfordert. Nur sieben Prozent der lokalen und UN-Polizeikräfte sind Frauen. UNO, OSZE und UNIFEM fordern aus diesem Grund eine Ausbildung in Gender-Sensibilisierung.

Frauenhandel als einen Schwerpunkt der zweijährigen Mitgliedschaft Deutschlands im Sicherheitsrat, fordert eine Teilnehmerin. Neue Drehpunkte dieses Handels seien schließlich Zürich und Berlin. Heike Alefsen warnt jedoch: „Die Dimensionen dürfen nicht verdreht werden. Die meisten Kunden der Prostituierten kommen aus dem lokalen Bereich, nicht aus der internationalen Helferszene“, sagt sie. Innerhalb der Missionen sei dieses Problem schon öffentlich gemacht worden. Die Gefahr: „Wird Frauenhandel zu stark in Verbindung mit Kriminalisierung gebracht, werden die wahren Ursachen für die starke Benachteiligung von Frauen innerhalb der Gesellschaft besonders armer Länder verdeckt.“ Denn an ihnen geht der wirtschaftliche Transformationsprozess und die soziale Entwicklung vorbei.

**Wahre Ursachen
nicht übersehen**

Die Referentinnen und Referenten

Heike Alefsen

Seit 2001 bei UNIFEM New York tätig für den Bereich Europa (Südosteuropa, Russland, Zentralasien)

Lucia Quila Coló

Nationale Leiterin der Witwenorganisation CONAVIGUA in Guatemala, Siegerprojekt Deutscher UNIFEM-Preis 2002 „Frauen als Friedensakteurinnen“

Dr. Reneé Ernst

Abteilungsleiterin beim Bonner Internationalen Konversionszentrum (BICC)

Wera Kampmann

Trauma-Therapeutin in eigener Praxis, Erfahrungen in Trauma-Arbeit in Lateinamerika

Edda Kirleis

Mitarbeiterin im Arbeitsbereich zivile Konfliktprävention beim Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) in Bonn

Christine Luutu

Beraterin beim Uganda Catholic Social Training Centre, Kampala, Uganda, Siegerprojekt Deutscher UNIFEM-Preis 2002 „Frauen als Friedensakteurinnen“

Anneliese Müller

Vorsitzende des Deutschen Komitees für UNIFEM

Astrid Ritter-Weil

Gender-Koordinatorin der Abteilung Internationale Entwicklungszusammenarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung

Ute Scheub

Journalistin, eine der Initiatorinnen des „Weltfrauensicherheitsrates“

Sieglinde Weinbrenner

Mitarbeiterin im Arbeitsbereich zivile Konfliktprävention beim Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) in Bonn

Dr. Matthias Weiter

Referatsleiter UN, des BMZ

**Sicherheitsrat**

Verteilung: Allgemein
31. Oktober 2000

Resolution 1325 (2000)

**verabschiedet auf der 4213. Sitzung des Sicherheitsrats
am 31. Oktober 2000**

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine Resolutionen 1261 (1999) vom 25. August 1999, 1265 (1999) vom 17. September 1999, 1286 (2000) vom 19. April 2000 und 1314 (2000) vom 11. August 2000 sowie auf die einschlägigen Erklärungen seines Präsidenten, sowie unter Hinweis auf die Presseerklärung seines Präsidenten vom 8. März 2000 anlässlich des Tages der Vereinten Nationen für die Rechte der Frau und den Weltfrieden (Internationaler Tag der Frau) (SC/6816),

sowie unter Hinweis auf die Verpflichtungen aus der Erklärung von Beijing und der Aktionsplattform (A/52/231) sowie aus dem Ergebnisdokument der dreundwanzigsten Sondertagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen "Frauen 2000: Gleichstellung, Entwicklung und Frieden für das 21. Jahrhundert" (A/S-23/10/Rev.1), insbesondere betreffend Frauen und bewaffnete Konflikte,

eingedenk der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und der Hauptverantwortung des Sicherheitsrats nach der Charta für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit,

mit dem Ausdruck seiner Besorgnis darüber, dass Zivilpersonen, insbesondere Frauen und Kinder, die weitaus größte Mehrheit der von bewaffneten Konflikten betroffenen Personen stellen, namentlich auch als Flüchtlinge und Binnenvertriebene, und dass sie in zunehmendem Maße von Kombattanten und bewaffneten Elementen gezielt angegriffen werden, sowie in der Erkenntnis, dass dies Folgen für einen dauerhaften Frieden und eine dauerhafte Aussöhnung nach sich zieht,

erkennt erklarend, welche wichtige Rolle Frauen bei der Vorbeugung und Beilegung von Konflikten und bei der Friedenskonsolidierung zukommt, und betonend, wie wichtig es ist, dass sie an allen Anstrengungen zur Wahrung und Förderung von Frieden und Sicherheit gleichberechtigt und in vollem Umfang teilhaben und dass ihre Mitwirkung an den Entscheidungen im Hinblick auf die Vorbeugung und Beilegung von Konflikten ausgebaut werden muss,

sowie erneut erklarend, dass die Bestimmungen des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechtsinstrumente, die die Rechte von Frauen und Mädchen während und nach Konflikten schützen, vollständig verwirklicht werden müssen,

betonend, dass alle Parteien sicherstellen müssen, dass Minenräumprogramme und Aufklärungsprogramme über die Minengefahr den besonderen Bedürfnissen von Frauen und Mädchen Rechnung tragen,

in Anerkennung der dringenden Notwendigkeit, in alle Bereiche von Friedenssicherungseinsätzen eine Geschlechterperspektive zu integrieren, und in diesem Zusammenhang Kenntnis nehmend von der Windhoek-Erklärung und dem Aktionsplan von Namibia zur Integration einer Geschlechterperspektive in mehrdimensionale Friedensunterstützungsmissionen (S/2000/663),

sowie in Anerkennung der Bedeutung der in der Presseerklärung seines Präsidenten vom 8. März 2000 abgegebenen Empfehlung, das gesamte Friedenssicherungspersonal im Hinblick auf den Schutz, die besonderen Bedürfnisse und die Menschenrechte von Frauen und Kindern in Konfliktsituationen speziell auszubilden,

anerkennend, dass ein Verständnis der Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf Frauen und Mädchen, wirksame institutionelle Vorkehrungen zur Gewährleistung ihres Schutzes und ihre volle Mitwirkung am Friedensprozess in erheblichem Maße zur Wahrung und Förderung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit beitragen können,

in Anbetracht der Notwendigkeit, das Datenmaterial zu den Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf Frauen und Mädchen zu konsolidieren,

1. *fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, dafür zu sorgen, dass Frauen in den nationalen, regionalen und internationalen Institutionen und Mechanismen zur Verhütung, Bewältigung und Beilegung von Konflikten auf allen Entscheidungsebenen stärker vertreten sind;*

2. *legt dem Generalsekretär nahe, seinen strategischen Aktionsplan (A/49/587) umzusetzen, in dem eine stärkere Mitwirkung von Frauen in Entscheidungsfunktionen bei Konfliktbeilegungs- und Friedensprozessen gefordert wird;*

3. *fordert den Generalsekretär nachdrücklich auf, mehr Frauen zu Sonderbeauftragten und Sonderbotschafterinnen zu ernennen, die in seinem Namen Gute Dienste leisten, und fordert die Mitgliedstaaten in diesem Zusammenhang auf, dem Generalsekretär Kandidatinnen zur Aufnahme in eine regelmäßig aktualisierte zentrale Liste vorzuschlagen;*

4. *fordert den Generalsekretär ferner nachdrücklich auf, die Ausweitung der Rolle und des Beitrags von Frauen bei den Feldmissionen der Vereinten Nationen anzustreben, insbesondere bei den Militärbeobachtern, der Zivilpolizei, bei Menschenrechts- und humanitärem Personal;*

5. *bekundet seine Bereitschaft, in die Friedenssicherungseinsätze eine Geschlechterperspektive zu integrieren, und fordert den Generalsekretär nachdrücklich auf, sicherzustellen, dass bei Bedarf auch für Geschlechterfragen zuständige Elemente in Feldmissionen aufgenommen werden;*

6. *ersucht den Generalsekretär, den Mitgliedstaaten Leitlinien für die Aus- und Fortbildung sowie Material über den Schutz, die Rechte und die besonderen Bedürfnisse von Frauen sowie über die Wichtigkeit der Beteiligung von Frauen an allen Friedenssicherungs- und Friedenskonsolidierungsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen, bittet die Mitgliedstaaten, diese Elemente sowie Aufklärungsmaßnahmen über HIV/Aids in ihre einzelstaatlichen Ausbildungsprogramme zur Vorbereitung von Militärpersonal und Zivilpolizisten auf ihren Einsatz aufzunehmen, und ersucht den*

Generalsekretär *ferner*, sicherzustellen, dass das Zivilpersonal bei Friedenssicherungseinsätzen eine ähnliche Ausbildung erhält;

7. *fordert* die Mitgliedstaaten *nachdrücklich auf*, ihre freiwillige finanzielle, technische und logistische Unterstützung von Trainingsmaßnahmen zur Sensibilisierung in Geschlechterfragen zu verstärken, namentlich Maßnahmen des einschlägigen Fonds und Programme, unter anderem des Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau, des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen, des Amtes des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen und anderer zuständiger Organe;

8. *fordert* alle beteiligten Akteure *auf*, bei der Aushandlung und Umsetzung von Friedensübereinkünften eine Geschlechterperspektive zu berücksichtigen, die unter anderem auf Folgendes abstellt:

a) die besonderen Bedürfnisse von Frauen und Mädchen während der Rückführung und Neuansiedlung sowie bei der Normalisierung, der Wiedereingliederung und dem Wiederaufbau nach Konflikten;

b) Maßnahmen zur Unterstützung lokaler Friedensinitiativen von Frauen und anstehender Konfliktbehebungsprozesse sowie zur Beteiligung von Frauen an allen Mechanismen zur Umsetzung der Friedensübereinkünfte;

c) Maßnahmen zur Gewährleistung des Schutzes und der Achtung der Menschenrechte von Frauen und Mädchen, insbesondere im Zusammenhang mit der Verfassung, dem Wahlsystem, der Polizei und der rechtsprechenden Gewalt;

9. *fordert* alle Parteien bewaffneter Konflikte *auf*, das *auf* die Rechte und den Schutz von Frauen und Mädchen, insbesondere als Zivilpersonen, anwendbare Völkerrecht vollinhaltlich zu achten, insbesondere die *auf* die anwendbaren Verpflichtungen aus dem Genfer Abkommen von 1949 und den dazugehörigen Zusatzprotokollen von 1977, dem Abkommen von 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und dem dazugehörigen Protokoll von 1967, dem Übereinkommen von 1979 zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau und dem dazugehörigen Fakultativprotokoll von 1999 sowie dem Übereinkommen von 1989 über die Rechte des Kindes und den beiden dazugehörigen Fakultativprotokollen vom 25. Mai 2000, und die einschlägigen Bestimmungen des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs zu berücksichtigen;

10. *fordert* alle Parteien bewaffneter Konflikte *auf*, spezielle Maßnahmen zum Schutz von Frauen und Mädchen vor geschlechtsspezifischer Gewalt zu ergreifen, insbesondere vor Vergewaltigung und anderen Formen des sexuellen Missbrauchs und allen anderen Formen der Gewalt in Situationen bewaffneter Konflikte;

11. *hebt hervor*, dass alle Staaten dafür verantwortlich sind, der Straflosigkeit ein Ende zu setzen und die Verantwortlichen für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen, namentlich auch im Zusammenhang mit sexueller und sonstiger Gewalt gegen Frauen und Mädchen, strafrechtlich zu verfolgen, und *betont* in diesem Zusammenhang, dass diese Verbrechen soweit möglich von Amnestieregelungen ausgenommen werden müssen;

12. *fordert* alle Parteien bewaffneter Konflikte *auf*, den zivilen und humanitären Charakter von Flüchtlingslagern und -siedlungen zu achten und namentlich auch bei ihrer Errichtung die besonderen Bedürfnisse von Frauen und Mädchen zu berücksichtigen, und *verweist* auf seine Resolutionen 1208 (1998) vom 19. November 1998 und 1296 (2000) vom 19. April 2000;

13. *legt* allen an der Abrüstungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsplanung Beteiligten *sake*, die unterschiedlichen Bedürfnisse weiblicher und männlicher ehemaligen Kombattanten sowie die Bedürfnisse der von ihnen abhängigen Personen zu berücksichtigen;

14. *bekräftigt* seine Bereitschaft, bei allen Maßnahmen, die nach Artikel 41 der Charta der Vereinten Nationen ergriffen werden, zu erwägen, welche Auswirkungen sie auf die Zivilbevölkerung haben können, und dabei die besonderen Bedürfnisse von Frauen und Mädchen zu berücksichtigen, damit angemessene humanitäre Ausnahmeregelungen geprüft werden können;

15. *bekundet* seine Bereitschaft, dafür zu sorgen, dass bei Missionen des Sicherheitsrats die Geschlechterperspektive sowie die Rechte von Frauen berücksichtigt werden, namentlich auch durch Konsultationen mit Frauengruppen auf lokaler wie internationaler Ebene;

16. *bittet* den Generalsekretär, die Durchführung einer Studie über die Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf Frauen und Mädchen, die Rolle der Frauen bei der Friedenskonsolidierung und die Geschlechterdimensionen von Friedensprozessen und der Konfliktbeilegung zu veranlassen, und *bittet ihn ferner*, dem Sicherheitsrat einen Bericht über die Ergebnisse dieser Studie vorzulegen und diesen auch allen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen zugänglich zu machen;

17. *verwahrt* den Generalsekretär, in seine Berichterstattung an den Sicherheitsrat gegebenenfalls auch Informationen über Fortschritte bei der Integration einer Geschlechterperspektive in alle Friedenssicherungsmissionen sowie über alle anderen Frauen und Mädchen betreffenden Gesichtspunkte aufzunehmen;

18. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.
